GESCHÄFTSBERICHT

Postbeamtenkrankenkasse

2022KK

**„Starke GRUNDWERTE
schaffen gemeinsame
STÄRKE und ermöglichen
es uns, als Organisation
RESILIENZ POSITIV
zu zeigen.“**

	2022 Mio. €	2021 Mio. €
Beitragseinnahmen		
Beiträge	952	964
Versicherungsleistungen*		
Aufwendungen für Versicherungsfälle	978	942
Kapitalanlagen		
Bestand inkl. Ausgleichsfonds gem. § 70a Satzung	2.744	2.727
Versicherungstechnische Rückstellungen		
Alterungsrückstellung	1.008	960
Schadenrückstellung	148	141
Eigenkapital	980	1.060
Bilanzsumme	2.808	2.814
	Anzahl	Anzahl
Beschäftigte (Stand: 31.12.2022)		
Angestellte	387	375
Beamtinnen und Beamte	455	499
Zugeordnete Kräfte	19	21
Auszubildende/DH-Studierende	6	5
Praktikantinnen/Praktikanten	0	0

* ohne Schadenregulierungskosten; inklusive der Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

**Sehr geehrte Damen,
sehr geehrte Herren,**

2022 hat uns alle in Atem gehalten. Die Corona-Pandemie führte weltweit weiterhin zu Einschnitten im gesellschaftlichen und sozialen Leben und bedeutete für viele gesundheitliche Beeinträchtigungen. Aber vor allem der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und dessen Anhalten seit mehr als einem Jahr hat so viele negative Konsequenzen, wie wir Sie uns innerhalb Europas und auch in der Welt nicht vorstellen konnten. Wir hoffen für alle Betroffenen, dass dieser Krieg so schnell wie möglich endet. Die Kosten für Energie sind zwischenzeitlich förmlich explodiert, die Inflation erreicht ungeahnte Höhen. Anfang 2023 ereignete sich auch noch das schwere Erdbeben in der Türkei und Syrien mit Tausenden Opfern und Millionen Betroffenen.

Als Arbeitgeber haben wir betroffene Beschäftigte bestmöglich unterstützt. Als Teil der öffentlichen Verwaltung nehmen wir selbstverständlich an der Umsetzung der Verordnung zur Sicherung der Energieversorgung über kurzfristig wirksame Maßnahmen (EnSikuMaV) teil. Und als Krankenkasse und Beihilfedienstleister stehen wir unseren Kunden und Kundinnen mit zuverlässigem Service und umfassenden Leistungen als verantwortungsvoller Partner zur Seite.

Das Geschäftsjahr 2022 war für die PBeaKK insgesamt ein erfolgreiches. Wir haben viele unserer Ziele in den Bereichen der Informationstechnologie (IT), des Kundenservices und des Kostenmanagements realisieren oder sogar deutlich übererfüllen können. Einzig im Bereich der Kapitalanlagen konnten wir die gesteckten Ziele bei funktionierenden Wertsicherungskonzepten nicht ganz erreichen.

Durch ein modernes und stringentes Leistungsmanagement soll der Beitragstrend in der Grundversicherung trotz der anstehenden Reformen im Gesundheitsbereich und den Einflüssen durch die hohe Inflation weiter unter dem strategischen Zielwert von 3,80 % gehalten werden. 2022 und 2023 ist uns dies gelungen. Die Beiträge in der Grundversicherung wurden zum 1. Januar 2022 um 3,39 % angehoben und zum 1. Januar 2023 um 3,60 %.

Nach der erfolgreichen Stabilisierung des neuen IT-Kernsystems, welches Ende 2020 eingeführt und über das Jahr 2021 hinweg durchgängig optimiert wurde, konnte dessen offizielle Abnahme zum 28. Februar 2022 erfolgen. Das neue IT-Kernsystem stellt für uns eine wichtige Grundlage für die weitere Digitalisierung und Automation unserer gesamten Infrastruktur dar und dient damit sowohl einem exzellenten Kundenservice als auch der weiteren Entwicklung der PBeaKK allgemein.

Für die Kunden der PBeaKK sind eine kurze Bearbeitungszeit der Leistungsanträge und die gute Erreichbarkeit unserer telefonischen Kundenberatung von besonderem Interesse. Durch die Optimierung und Stabilisierung des IT-Kernsystems 2022 sowie die effektive Steuerung aller Eingangskanäle konnten wir in beiden Bereichen unsere Ziele erreichen und für die Kunden hervorragende Serviceergebnisse erzielen. Die durchschnittliche Durchlaufzeit soll maximal 11 Tage betragen. 2022 schafften wir einen Schnitt von 7,4 Tagen. Das ist die bisher kürzeste durchschnittliche Durchlaufzeit für die PBeaKK. Stark verbessert hat sich 2022 auch die telefonische Erreichbarkeit. Diese lag mit 82,2 % wieder klar oberhalb des Jahresziels von 80 %. Im Bereich Kundenservice konnte die jährliche Kundenbefragung folgerichtig erneut die verbesserte Gesamtnote von 2,2 im Schulnotensystem erreichen.

Weitere Meilensteine für die PBeaKK konnten 2022 im Drittkundengeschäft erreicht werden. Zum 1. März 2022 wurde die Übernahme der Beihilfebearbeitung für das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) erfolgreich umgesetzt. Darüber hinaus konnte das Drittgeschäft weiter ausgebaut und mit dem Saarland erstmals eine Übereinkunft für die Übernahme der Bearbeitung der Beihilfe auf Landesebene getroffen werden. 2023 gilt es, dieses Vorhaben operativ umzusetzen sowie zugleich aus den Erfahrungen zu lernen und diese wertstiftend für mögliche weitere Kooperationen auf Bundes- und Landesebene zu nutzen.

Die Renditeentwicklung der Kapitalanlagen war im Jahr 2022 als Folge der sehr schwachen Entwicklung sowohl des Aktien- als auch des Rentenmarktes moderat negativ. In einem sehr schwachen Marktumfeld verfehlten die Portfolios 2022 das Renditeziel. Trotz der extrem widrigen Marktentwicklung war die Einhaltung der Wertuntergrenze in Stammbestand und Ausgleichsfonds zu keinem Zeitpunkt gefährdet. Das Wert-sicherungsmanagement baute in beiden Teilvermögen frühzeitig Marktrisiken ab und vermied so erhebliche weitergehende Marktwertverluste. Kapitalanlagestrategie und Sicherungskonzept haben sich damit auch 2022 bewährt.

Die PBeaKK reduziert seit Jahren konsequent ihren Personalbestand. Neben den durch die Verkehrsmengen bedingten Rückgängen in einigen Bereichen setzt die PBeaKK dabei vor allem auf Prozessoptimierungen und die Digitalisierung der Geschäftsprozesse. Der Personalbestand konnte 2022 durch natürliche Fluktuation im Mittel um 29 Personaleinheiten reduziert werden.

Seit Februar 2022 fällt Herr Dr. Russ krankheitsbedingt als Mitglied des Vorstands aus. Daher hat der Verwaltungsrat der PBeaKK in einer Sondersitzung Ende Februar 2022 Herrn Dietmar Welslau für sechs Monate als Vertreter zur kommissarischen Wahrnehmung der Aufgaben des Vorstands bestellt. Diese Bestellung wurde im August 2022 sowie im Februar 2023 nochmals um jeweils sechs Monate verlängert. Die Suche nach einer Nachfolgerin oder einem Nachfolger für die Position des Vorstandsvorsitzenden der PBeaKK läuft.

Mein persönlicher Dank gilt allen Beschäftigten der PBeaKK für ihre tatkräftige Unterstützung in meinem Jahr als kommissarischer Vorstand. Das Engagement und die Leistung der Beschäftigten in ihrer täglichen Arbeit für unsere Kundinnen und Kunden sind entscheidend für den Erfolg und die Zukunftsfähigkeit der PBeaKK.

Selbstverständlich möchte ich mich auch bei den Mitgliedern des Verwaltungsrats, den Postnachfolgeunternehmen, der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft und der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost sowie allen Sozialpartnern für ihre Unterstützung bedanken.

Mit ist es wichtig, dass wir uns in unserer täglichen Arbeit stets von unseren Grundwerten Sicherheit, Zuverlässigkeit und exzellentem Service steuern lassen. Damit schaffen wir es, unsere Organisation als starken Verbund aus Mitarbeitenden, den Gremien der Selbstverwaltung sowie unseren Kunden und Kundinnen stabil und zukunftsfähig zu halten!

Ihr Dietmar Welslau
Kommissarischer Vertreter des Vorstands

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Versicherte,

das erste volle Geschäftsjahr der VII. Amtsperiode des Verwaltungsrats verlief trotz der weiter bestehenden Auswirkungen der Corona-Pandemie und der hohen Inflation sehr erfolgreich und knüpft damit an die erfreuliche Entwicklung der Vorjahre an. Die strategischen Ziele wurden nahezu vollständig erfüllt und in einigen Bereichen sogar übertroffen.

Nachdem die persönliche Kundenberatung in den Geschäftsstellen nach dem Lockdown vom Dezember 2020 im Jahr 2021 weiterhin vorübergehend geschlossen blieben, wurde die persönliche Kundenberatung im November 2022 endgültig geschlossen. Der geringe Bedarf an persönlicher Beratung sowie wirtschaftliche Erwägungen führten zu diesem Schritt. Dennoch wurde an einer weiteren Verbesserung und an einem weiteren Ausbau des Kundenservices auch unter dem Blickwinkel des technischen Fortschritts gearbeitet und wird auch in den nächsten Jahren weiter im Focus der PBeaKK stehen.

Die PBeaKK konnte auch im Geschäftsjahr 2022 ihre Politik der moderaten Beitragssteigerungen in der Grundversicherung fortsetzen. Mit einer Steigerung auf 3,6 % ab 01. Januar 2023 (2021: 3,39 %) bleiben wir ein Versicherer mit günstigen Beiträgen im Vergleich zur privaten Krankenversicherung. Der Beitragssatz in der Zusatzversicherung blieb im Geschäftsjahr 2022 sogar stabil, sodass ab 01.01.2023 keine Beitragssteigerung in der Zusatzversicherung erfolgte.

Beim Kapitalanlagenmanagement der PBeaKK war das Jahr 2022 ein schwieriges Jahr. Die anhaltenden Folgen der Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine, die Energie- und Rohstoffknappheit, die steigenden Zinsen und die rekordhohe Inflation lasten als eine extrem ungünstige Kombination wirtschaftlicher und politischer Probleme auf den Finanzmärkten. Steigende Zinsen drücken die Bewertung von Aktien. Erfreulich aber ist, dass die Einhaltung der Wertuntergrenzen im laufenden Jahr trotz der schwierigen Finanzlage zu keinem Zeitpunkt gefährdet war und zeigt, dass sich die Kapitalanlagestrategie und das Sicherungskonzept der PBeaKK auch im Geschäftsjahr 2022 bewährt hat.

Der in den letzten Jahren erreichte hohe Servicestandard der PBeaKK konnte im Interesse unserer Kunden auch im Geschäftsjahr 2022 beibehalten und in bestimmten Bereichen sogar noch ausgebaut werden. Nach Inbetriebnahme der neuen technischen Kernanwendung „IV-PBeaKK 4.0“ als Gesamtsystem im November 2020 konnte die Bearbeitung der Leistungsanträge der Versicherten und Beihilfekunden nach anfänglichen Auftretens von technischen Fehlern und Performance-Problemen im Geschäftsjahr 2022 wieder auf einem sehr guten Niveau erfolgen, sodass den Versicherten und Beihilfekunden wieder die gewohnt kurzen Bearbeitungszeiten geboten werden konnten. Mit einem weiteren Update der vielen verschiedenen Software-Komponenten soll die Infrastruktur der „IV PBeaKK 4.0“ auf den neuesten Stand gebracht werden.

SITZUNGEN DES VERWALTUNGSRATS

Die PBeaKK nutzte auch im Geschäftsjahr 2022 die gesetzliche Möglichkeit zur Übernahme der Beihilfearbeitung für Dritte. Der Verwaltungsrat hat hierzu dem Abschluss eines weiteren Geschäftsbesorgungsvertrages zugestimmt. Somit unterzeichnete die PBeaKK im Februar 2022 mit dem Finanzminister des Saarlandes einen Vertrag zur Beihilfearbeitung auf Landesebene, ein absolutes Novum für die PBeaKK. Die Übernahme ist für das Jahr 2023 geplant.

Am 1. März 2022 konnte die PBeaKK ca. 5.500 beihilferechtigte Personen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK; im Juni 2021 noch: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie/BMWi) sowie weiterer Bundesbehörden wie zum Beispiel der Bundesnetzagentur bei den Beihilfediensten der PBeaKK begrüßen, nachdem im Geschäftsjahr 2021 ein Geschäftsbesorgungsvertrag abgeschlossen wurde. Die Einbindung dieser neuen Aufgaben in die Organisation der PBeaKK erfolgte planmäßig.

Wir bedanken uns im Namen des Verwaltungsrats beim kommissarischen Vertreter des Vorstands und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mit ihrem persönlichen Einsatz diese Erfolge – in den schwierigen Zeiten der Corona-Pandemie, des Krieges in der Ukraine und hoher Inflation – ermöglicht haben, verbunden mit den besten Wünschen.

Im Geschäftsjahr 2022 fanden vier ordentliche und zwei außerordentliche Sitzungen des Verwaltungsrats, aufgrund der Corona-Pandemie teilweise als Präsenzsitzungen zum Teil als Telefon-/Videokonferenz und sogar als Hybrid-Sitzung (Präsenzsitzung und als Telefon-/Videokonferenz) statt. Der kommissarische Vorstand, Herr Dietmar Welslau, berichtete regelmäßig zu den Sitzungen des Verwaltungsrats über den Gang der Geschäfte, über wichtige Ereignisse und bedeutsame aktuelle Entwicklungen im Unternehmen.

Anstehende bedeutende Entscheidungen und mögliche Abweichungen vom geplanten Geschäftsverlauf wurden in regelmäßigen Abständen zwischen den Vorsitzenden des Verwaltungsrats und dem kommissarischen Vertreter des Vorstands besprochen.

Nachfolgend berichten wir über die wesentlichen Beschlüsse, die in den Verwaltungsratssitzungen im Geschäftsjahr 2022 gefasst wurden.

Außerordentliche Sitzung des Verwaltungsrats am 22. Februar 2022 in digitaler Form

Nachdem Herr Dr. Russ seine Tätigkeit ab dem 07. Februar 2022 aufgrund einer schweren Erkrankung nicht mehr ausüben konnte und die Position des Vorstandsvorsitzes seit der Abberufung von Herrn Peter Reichelt am 27.10.2021 vakant ist, trat der Verwaltungsrat der PBeaKK – aufgrund der Corona Pandemie als Video-/Telefonkonferenz – zusammen.

Herr Dietmar Welslau wurde vom Verwaltungsrat der PBeaKK als Vertreter zur kommissarischen Wahrnehmung der Aufgaben des Vorstands am 22.02.2022 bestellt. Der Verwaltungsrat wünschte Herrn Welslau viel Erfolg bei seiner neuen Aufgabe.

2./VII. Sitzung des Verwaltungsrats am 23. März 2022 in Stuttgart

Der Verwaltungsrat der PBeaKK trat am 23.03.2022 zu seiner ersten regulären Sitzung im Geschäftsjahr 2022 in Präsenz in Stuttgart zusammen.

An dieser Verwaltungsratssitzung nahm erstmals Herr Dietmar Welslau in seiner neuen Funktion als kommissarischer Vertreter des Vorstands teil. Der Verwaltungsrat drückte seine Freude und Erleichterung darüber aus, dass Herr Welslau, der aufgrund seiner bisherigen Tätigkeit langjährige und intensive Beziehungen auch zur PBeaKK hat, für dieses temporäre Amt gewonnen werden konnte nach dem krankheitsbedingten Ausfall des Mitglieds des Vorstands Herrn Dr. Russ Anfang Februar 2022.

In dieser Sitzung hat der Verwaltungsrat die Unternehmensstrategie 2022 – 2025 beraten und sodann hierüber Beschluss gefasst. Dabei konnten im Wesentlichen die bisherigen strategischen Aussagen und Kennzahlen bestätigt werden.

Des Weiteren stimmte der Verwaltungsrat dem Abschluss eines Geschäftsbesorgungsvertrages (Kooperationsvereinbarung) mit dem Saarland zur Übernahme der Beihilfearbeitung zu. Die Kooperation umfasst den gesamten Beihilfearbeitungsprozess, u.a. einschließlich dem Erlass von Bescheiden und dem Widerspruchs- und Klageverfahren. Die Initialisierungs- und Umsetzungsphase wurde für Sommer 2022 festgelegt und der Beginn der Beihilfearbeitung durch die PBeaKK für November 2023 geplant.

Zudem hat der Verwaltungsrat den Vorstand ermächtigt, die sich im Bereich der Bundesbeihilfe ergebenden Leistungsverbesserungen im Vorgriff auf eine geplante Satzungsänderung zeit- und inhaltsgleich umzusetzen. Gegenstand dieser Vorgriffregelung ist die Anpassung der Satzungsleistungen für Kurzzeitpflege bei fehlender Pflegebedürftigkeit an die Leistungen der Bundesbeihilfverordnung. Die entsprechende Satzungsänderung sollte dem Verwaltungsrat voraussichtlich im November 2022, vorgelegt werden. Die Satzungsregelung sollte rückwirkend zum 01.01.2022 in Kraft treten.

3./VII. Sitzung des Verwaltungsrats am 29. Juni 2022 in Stuttgart

Am 29.06.2022 fand die Verwaltungsratssitzung für das zweite Quartal 2022 in Präsenz in Stuttgart statt.

Im Mittelpunkt dieser Sitzung stand die Feststellung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2021.

Die Mittelfristprognose des Vorstands zu den Verwaltungskosten inklusive Personalbestandsentwicklung für die Geschäftsjahre 2023 – 2026 wurden zur Kenntnis genommen.

Zudem hat sich der Verwaltungsrat mit der IT-Strategie der PBeaKK befasst.

Des Weiteren hat der Verwaltungsrat der PBeaKK in dieser Sitzung die 105. Satzungsänderung beschlossen und somit die Möglichkeit geschaffen, bei fortbestehendem Ausfall beider Vorstandsmitglieder die Bestellung einer Vertreterin oder eines Vertreters zur kommissarischen Wahrnehmung der Aufgaben des Vorstands über 6 Monate hinaus zu verlängern – entweder durch Verlängerung der Bestellung der bisherigen Vertretung oder durch Bestellung einer neuen Vertretung.

Außerordentliche Sitzung des Verwaltungsrats am 16. August 2022 in hybrider Form

Aufgrund der weiter andauernden Erkrankung von Herrn Dr. Russ und der derzeit nicht absehbaren Rückkehr hat der Verwaltungsrat der PBeaKK in einer Sondersitzung am 16. August 2022 in Form einer Telefon-/Videokonferenz und gleichzeitiger Präsenz in Bonn Herrn Dietmar Welslau erneut als Vertreter zur kommissarischen Wahrnehmung der Aufgaben des Vorstands bestellt.

Der Verwaltungsrat der PBeaKK wünschte Herrn Welslau weiterhin viel Erfolg und gutes Gelingen für seine Aufgabe.

4./VII. Sitzung des Verwaltungsrats am 27. September 2022 in Siegburg

Im Mittelpunkt der Sitzung – die als Präsenzsitzung in Siegburg stattfinden konnte – standen, in Vorbereitung der entsprechenden Beschlüsse für die Sitzung des Verwaltungsrats im November, die Diskussion der Eckpunkte für den Wirtschaftsplan inklusive Stellenplan für die Grund- und Zusatzversicherung und der Eckpunkte für das Verwaltungskostenbudget für das Geschäftsjahr 2022. Der Verwaltungsrat hat hier insbesondere die vorläufigen Beitragsgutachten für die Grund- und Zusatzversicherung beraten.

Der Verwaltungsrat hat in dieser Sitzung eine Analyse des Vorstands zur Beitragsstruktur der Grundversicherung vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie zur Kenntnis genommen und beschlossen, die bisherige Beitragsstruktur beizubehalten.

Zudem hat der Verwaltungsrat in dieser Sitzung über die Änderung der Berechnungsmethode des Anhangs 7 (Ausgleichszuschlag) der Satzung der PBeaKK beraten. Die entsprechende Satzungsänderung sollte dem Verwaltungsrat voraussichtlich im November 2022 vorgelegt werden.

Die Wirtschaftsprüferleistung für die Prüfung des Jahresabschlusses 2022 befand sich zum Zeitpunkt der Sitzung des Verwaltungsrats in der Neuausschreibungsphase. Daher konnte der Wirtschaftsprüfer in dieser Sitzung nicht turnusmäßig vom Verwaltungsrat der PBeaKK bestellt werden.

5./VII. Sitzung des Verwaltungsrats am 15. November 2022 in Siegburg

Der Verwaltungsrat der PBeaKK trat am 15. November 2022 zu seiner vierten und letzten Sitzung im Kalenderjahr 2022 in Präsenz in Siegburg zusammen.

In der Verwaltungsratssitzung im vierten Quartal stehen traditionell die jährlich vom Verwaltungsrat gefassten Beschlüsse zur Festsetzung der Beiträge in Grund- und Zusatzversicherung auf Grundlage eines versicherungsmathematischen Gutachtens.

Den Empfehlungen des Aktuars entsprechend wurden die Beiträge ab 01.01.2023 um 3,60 % angehoben.

Eine Anpassung der Beiträge ab 01.01.2023 in der Zusatzversicherung erfolgte nicht. Die Beiträge bleiben erfreulicherweise stabil.

Da der Verwaltungsrat den turnusgemäßen Zeitpunkt für den Beschluss über die Strategische Asset Allocation und Risikobereitschaft für die Kapitalanlagen auf die Novembersitzung des Vorjahres vorgezogen hat, wurde in dieser Sitzung ein Beschluss über die Strategische Asset Allocation und Risikobereitschaft für die Kapitalanlagen für das anstehende Geschäftsjahr 2023 gefasst. Danach wurde die bisherige Assetklasse „Immobilien“ in „Alternative Assets“ umbenannt, um den Handlungsspielraum zu erhöhen. Außerdem wurde die Aktienquote und Risikobereitschaft erhöht, um weiter niedrigen Zinsen bei gleichzeitig hoher Inflation zu begegnen.

Turnusgemäß wurden in dieser Sitzung die Aktuarien für die Erstellung der versicherungsmathematischen Gutachten in der Grund- und Zusatzversicherung für 2024 bestellt.

Als Wirtschaftsprüfer für die Prüfung des Jahresabschlusses 2022 wurde die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft RSM GmbH in Hannover bestellt.

Zudem wurden durch entsprechenden Beschluss des Verwaltungsrats das Verwaltungskostenbudget und der Wirtschaftsplan inklusive des Stellenplanes der PBeaKK für das Folgejahr festgelegt.

Die vom Verwaltungsrat in dieser Sitzung beschlossene 106. Satzungsänderung, die zum 01. Januar 2022 bzw. zum 01. Januar 2023 in Kraft getreten ist, beinhaltet neben den genannten Beitragsanpassungen u.a. auch die Änderung des Anhangs 7. Damit wird das Verfahren zur Ermittlung der Höhe des Ausgleichszuschlags gemäß § 28 Abs. 2 Satzung der PBeaKK geändert und die Berechnungsmethode von einer retrospektiven Sichtweise auf eine prospektive Sichtweise zum 01.01.2023 umgestellt. Durch den Wechsel zur prospektiven Berechnungsweise werden ab 2025 annähernd gleichbleibende Beiträge für den Ausgleichszuschlag auf deutlich niedrigerem Niveau als bislang erwartet.

Genehmigungsbedürftige Beschlüsse

Die vom Verwaltungsrat gefassten Beschlüsse zur Änderung der Satzung, zur Feststellung des Jahresabschlusses 2022, zur Feststellung des Wirtschaftsplans inklusive Stellenplan für das Geschäftsjahr 2023 und zum Abschluss des Geschäftsbesorgungsvertrages (Kooperationsvertrag) mit dem Saarland, vertreten durch den Finanzminister, bedürfen der Genehmigung durch die BAinst PT in deren Funktion als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde. Alle erforderlichen Genehmigungen wurden erteilt.

VORBEREITUNGS- UND PRÜFUNGS-AUSSCHUSS

Der Vorbereitungs- und Prüfungsausschuss des Verwaltungsrats trat im Jahr 2022 zu vier Sitzungen zusammen, von denen eine Corona bedingt als Telefon-/ Videokonferenz stattfand. Der Ausschuss bereitete die Vorlagen zu den Sitzungen des Verwaltungsrats vor und sprach hierzu Beschlussempfehlungen an den Verwaltungsrat aus.

Der Ausschuss hat darüber hinaus turnusgemäß die Prüfungen im Sinne des § 107 Absatz 3 Aktiengesetz durchgeführt. Der Ausschuss hat hierzu im Jahr 2022 die Wirksamkeit des internen Risikomanagementsystems sowie den Rechnungslegungsprozess, die Abschlussprüfung und die Unabhängigkeit des Abschlussprüfers geprüft. Des Weiteren hat der Ausschuss die Wirksamkeit des Compliance-Management-Systems sowie die Wirksamkeit des internen Revisionsystems geprüft. Die Prüfung der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems wurde vertagt. Die Ausschussvorsitzenden haben dem Verwaltungsrat jeweils berichtet. Dieser erhob keine Einwände gegen die Prüfungsergebnisse des Ausschusses.

WIDERSPRUCHSAUSSCHÜSSE

Im Geschäftsjahr 2022 haben die drei Widerspruchsausschüsse insgesamt 28 Sitzungen durchgeführt, die überwiegend als Telefonkonferenz stattfanden, und dabei 1971 Widerspruchsbescheide erlassen.

QUALIFIZIERUNGSMASSNAHMEN/ INFORMATIONSVANSTALTUNGEN

Die Mitglieder des Verwaltungsrats nahmen die für ihre Aufgabe erforderlichen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen eigenverantwortlich wahr.

Im Jahr 2022 wurden den Verwaltungsratsmitgliedern diverse Seminare zur Fortbildung für Mandatsträger angeboten, u.a. das Seminar „Der Aufsichtsrat“, das Online-Seminar „Fraud Investigations“ und das Seminar „Ver.di-Fachtagung für Arbeitnehmervertreter/-innen in Aufsichtsräten; Nachhaltigkeit: Kein Thema für die Zukunft, sondern ein Thema mit Zukunft!“.

PERSONALIA

Verwaltungsrat

Die Vertreterin der BANst PT im Verwaltungsrat der PBeaKK, Frau Barbara Neckenig, wurde von der BANst PT mit Ablauf des 31. Mai 2022 als ordentliches Mitglied des Verwaltungsrats abberufen. Als Nachfolger wurde Herr Marcus Zendt als Vertreter der BANst PT von der BANst PT mit Wirkung vom 01. Juni 2022 als ordentliches Mitglied des Verwaltungsrats von der BANst PT bestellt.

Der Verwaltungsrat bedankt sich bei Frau Neckenig für die engagierte Mitarbeit im Verwaltungsrat der PBeaKK und wünscht ihr für die Zukunft alles Gute.

JAHRESABSCHLUSS

Der Jahresabschluss mit Lagebericht für das Jahr 2022 ist vom bestellten Wirtschaftsprüfer, der RSM GmbH, geprüft worden. Die Prüfungen haben zu einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk geführt. Der Vorbereitungs- und Prüfungsausschuss hat die Unterlagen zum Jahresabschluss unter Berücksichtigung des Prüfungsberichts des Abschlussprüfers und im Gespräch mit diesem ausführlich erörtert. Der Vorsitzende des Vorbereitungs- und Prüfungsausschusses hat uns in der heutigen Sitzung des Verwaltungsrats berichtet. Wir haben dem Ergebnis der Prüfungen nach Einsicht der Berichte des Abschlussprüfers und der Jahresabschlussunterlagen auf Empfehlung des Vorbereitungs- und Prüfungsausschusses sowie nach eingehender Diskussion zugestimmt und festgestellt, dass auch nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfungen Einwendungen nicht zu erheben sind.

Den am 25. April 2023 vom kommissarischen Vertreter des Vorstands aufgestellten Jahresabschluss, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlust-Rechnung, Anhang und Lagebericht haben wir heute festgestellt.

Stuttgart, den 28. Juni 2023

Andreas Mauerer
Vorsitzender des
Verwaltungsrats

Holger Eisenhardt
Stellv. Vorsitzender
des Verwaltungsrats

Vorstand

Das Mitglied des Vorstandes, Herr Dr. Oliver Russ, führte bis zum 06.02.2022 die Geschäfte der PBeaKK allein, nachdem der Verwaltungsrat den Vorsitzenden des Vorstands mit Wirkung zum 28.10.2021 abberufen hatte.

Aufgrund einer schweren Erkrankung konnte Herr Dr. Russ seine Tätigkeit ab dem 07. Februar 2022 bis zum Ende des Jahres 2022 nicht mehr ausüben, sodass der Verwaltungsrat in einer Sondersitzung am 22.02.2022 Herrn Dietmar Welslau als Vertreter zur kommissarischen Wahrnehmung der Aufgaben des Vorstands zunächst für sechs Monate bestellt und die Bestellung ab dem 22.08.2022 für weitere sechs Monate verlängert hat.

In einer Sondersitzung am 14.02.2023 hat der Verwaltungsrat die Bestellung von Herrn Dietmar Welslau als Vertreter zur kommissarischen Wahrnehmung der Aufgaben des Vorstands ab dem 22.02.2023 für weitere sechs Monate verlängert. Der Verwaltungsrat wünscht Herrn Welslau weiterhin viel Erfolg und gutes Gelingen bei seiner Aufgabe, die er mit großer Einsatzbereitschaft ausführt.

Der Verwaltungsrat trat am 28.03.2023 zu seiner 6./VII. Sitzung zusammen und hat Herrn Dr. Russ als Mitglied des Vorstands mit Ablauf des 31.03.2023 als Mitglied des Vorstands abberufen.

Der Verwaltungsrat dankte Herrn Dr. Russ für sein großes Engagement, für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und für das, was er für die PBeaKK geleistet hat. Besonders hervorzuheben ist, dass Herr Dr. Russ nach dem Ausscheiden von Herrn Reichelt trotz seiner zurückliegenden schweren Erkrankung mit vollem Einsatz gleichzeitig die Aufgaben beider Vorstände wahrgenommen hat. Hierfür gebührt ihm zusätzlich der besondere Dank des Verwaltungsrats. Der Verwaltungsrat bedauert das Ausscheiden von Herrn Dr. Russ zutiefst und wünscht ihm und seiner Familie alles erdenklich Gute.

ORGANE UND EINRICHTUNGEN	17
LAGEBERICHT	21
2.1 Aktuelles Unternehmensgeschehen	24
2.2 Aufgaben der PBeaKK	31
2.3 Beiträge, Kapitalanlagen, Leistungen und Verwaltungsaufwand	32
2.4 Vermögens- und Finanzlage	34
2.5 Jahresabschluss und Überschussverwendung	35
2.6 Ausblick auf das Geschäftsjahr 2023	36
2.7 Risikoberichterstattung	38
JAHRESABSCHLUSS	45
3.1 Bilanz zum 31. Dezember 2022	46
3.2 Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2022	48
3.3 Anhang	66
3.3.1 Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ermittlungsmethoden	66
3.3.2 Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung	74
3.3.3 Sonstige Angaben	87
▪ Personalbestand	87
▪ Gesamthonorar für Abschlussprüfer	88
▪ Übersicht über die Mitgliedergruppen	88
▪ Mitgliederstatistik	89
3.4 Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	91
ANSCHRIFTEN	96

ORGANE UND EINRICHTUNGEN

ORGANE UND EINRICHTUNGEN

VERWALTUNGSRAT

Gruppe Unternehmen/Verwaltung

Mauerer, Andreas
Deutsche Telekom AG
Stellvertretender Vorsitzender (bis 30.11.2022)
Vorsitzender (ab 01.12.2022)

Heßling, Frank
Deutsche Post AG

von Hopffgarten, Christian
Deutsche Post AG

Kruck-Paulussen, Thomas
Deutsche Post AG

Neckenig, Barbara
Bundesanstalt für Post und Telekommunikation DBP
(Mitglied bis 31.05.2022)

Dr. Nicolai, Andrea
Deutsche Bank AG

Ostermann, Martin
Deutsche Telekom AG
Schriftführer (bis 30.11.2022)
Stellvertretender Schriftführer (ab 01.12.2022)

Windgätter, Sandra
Deutsche Telekom AG

Zendt, Marcus
Bundesanstalt für Post und Telekommunikation DBP
(BANst PT)
(Mitglied ab 01.06.2022)

Gruppe Mitglieder

Eisenhardt, Holger
ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Vorsitzender (bis 30.11.2022)
Stellvertretender Vorsitzender (ab 01.12.2022)

Anhorn, Sandra
ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Stellvertretende Schriftführerin (bis 30.11.2022)
Schriftführerin (ab 01.12.2022)

Bleidt, Susanne
ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Glissmann, Horst
ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Krey, Susanne
ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Rekate, Ernst-August
ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Scharnagl, Angelika
ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Schindzielorz, Antje
ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

VORBEREITUNGS- UND PRÜFUNGS-AUSSCHUSS

Gruppe Unternehmen/Verwaltung

Kruck-Paulussen, Thomas
Vorsitzender (bis 30.11.2022)
Stellvertretender Vorsitzender (ab 01.12.2022)

Heßling, Frank

Ostermann, Martin
Stellvertretender Schriftführer (bis 30.11.2022)
Schriftführer (ab 01.12.2022)

Gruppe Mitglieder

Scharnagl, Angelika
Stellvertretende Vorsitzende (bis 30.11.2022)
Vorsitzende (ab 01.12.2022)

Glissmann, Horst

Rekate, Ernst-August
Schriftführer (bis 30.11.2022)
Stellvertretender Schriftführer (ab 01.12.2022)

WIDERSPRUCHSAUSSCHÜSSE

Ausschuss I

Gruppe Unternehmen/Verwaltung

Fahrmer, Andreas
Vorsitzender (bis 30.11.2022)
Stellvertretender Vorsitzender (ab 01.12.2022)

Gruppe Mitglieder

Leuschner, Ursula
Stellvertretende Vorsitzende (bis 30.11.2022)
Vorsitzende (ab 01.12.2022)

Ausschuss II

Gruppe Unternehmen/Verwaltung

Mohr, Joachim
Vorsitzender (bis 30.11.2022)
Stellvertretender Vorsitzender (ab 01.12.2022)

Gruppe Mitglieder

Weber, Annemarie
Stellvertretende Vorsitzende (bis 30.11.2022)
Vorsitzende (ab 01.12.2022)

VORSTAND

Ausschuss III

Gruppe Unternehmen/Verwaltung

Breitschwerdt, Ursula

Vorsitzende (bis 30.11.2022)

Stellvertretende Vorsitzende (ab 01.12.2022)

Dr. Russ, Oliver

Diplom-Kaufmann

Hauptverwaltung PBeaKK, Stuttgart

Mitglied des Vorstands

Weslau, Dietmar

Kommissarischer Vertreter Vorstand (ab 22.02.2022)

Gruppe Mitglieder

Maier, Linus

Stellvertretender Vorsitzender (bis 30.11.2022)

Vorsitzender (ab 01.12.2022)

SITZUNGEN DER ORGANE

Der Verwaltungsrat führte vier turnusmäßige Sitzungen und zwei außerordentliche Sitzungen durch. Der Vorbereitungs- und Prüfungsausschuss führte vier Sitzungen, die Widerspruchsausschüsse führten 28 Sitzungen und der Vorstand führte acht Sitzungen durch. Die Sitzungen fanden zum Teil als Telefon-/Videokonferenz statt.

Nachdem die Beiträge in der Grundversicherung 2021 um 3,32 % angepasst wurden, erfolgte zum 1. Januar 2022 eine Anpassung um 3,39 %. Die Entwicklung der Beiträge ist damit weiterhin stabil und auf einem sehr moderaten Niveau – trotz geschlossenem Mitgliederbestand und steigenden Gesundheitskosten. Auch sind die Beiträge dauerhaft und nachhaltig ausfinanziert, was der unabhängige versicherungsmathematische Gutachter bestätigt. Die Entwicklung in der Zusatzversicherung ist ebenfalls positiv. Zum 1. Januar 2022 wurde in der Ergänzungsstufe und der ISH-Stufe neben einer Neukalkulation auch ein Teil der zur Verfügung stehenden Betriebsmittel an die Versicherten mittels einer Beitragssenkung weitergegeben.

Im Jahr 2022 war die Ausgabenentwicklung in der Grundversicherung erneut stark von den Auswirkungen der Corona-Pandemie geprägt. Die bereits im Vorjahr zu beobachtende geringere Inanspruchnahme von Leistungen in einzelnen Gesundheitssektoren setzte sich insbesondere in den ersten drei Quartalen des Jahres fort. Im vierten Quartal waren auch die Versicherten der PBeaKK von der stark ansteigenden Zahl von Atemwegserkrankungen betroffen, was zu einem hohen Eingang von Erstattungsvorgängen und damit korrelierend zu höheren Ausgaben führte. Die Gesamtausgaben über alle Leistungsbereiche hinweg lagen aber durch die mindernden Effekte aus den ersten drei Quartalen trotzdem deutlich unterhalb des Planwertes und trotz des alternden Versichertenbestandes und einsetzenden Inflationsauswirkungen sogar noch unter dem Vorjahresniveau.

2022 stand im Bereich Kundenservice vor allem die Normalisierung der telefonischen Erreichbarkeit im Fokus. Ziel war es, das sehr gute Niveau der Vorjahre zu erreichen und damit die Erreichbarkeitsdelle 2021 zu überwinden. Der ermittelte Kundenzufriedenheitsindex liegt bei einer 2,2 im Schulnotensystem. Dieser Schnitt bedeutet, dass erneut die bisherige Bestnote aus dem Jahr 2020 erreicht werden konnte. Diese hervorragende Bewertung zeigt, dass die Herausforderungen, die 2020 durch die Umstellung des IT-Kernsystems entstanden waren, mithilfe des Engagements der Beschäftigten im Jahr 2022 im Rahmen der Kundenbefragung keinen spürbaren Einfluss mehr hatten. Zusätzlich setzte sich die positive Entwicklung der EinreichungsApp als Alternative zum Postweg auch 2022 kontinuierlich fort. Der Anteil der digitalen Leistungsanträge am Gesamtbestand stieg 2022 um circa fünf Prozentpunkte auf knapp 35 %.

Nach der erfolgreichen Stabilisierung des IT-Kernsystems konnte die Abnahme des Systems zum 28.02.2022 erfolgen. Das neue IT-Kernsystem bildet eine wichtige Grundlage für die weitere Digitalisierung und Automation bei der PBeaKK. Mit der sehr erfolgreichen Übernahme der Beihilfebearbeitung von der Bundesnetzagentur zum 1. März 2022 konnte das Drittgeschäft weiter ausgebaut werden.

Die Renditeentwicklung der Kapitalanlagen war im Jahr 2022 als Folge der sehr schwachen Entwicklung sowohl des Aktien- als auch des Rentenmarktes moderat negativ. In einem sehr schwachen Marktumfeld verfehlten die Portfolios 2022 das Renditeziel. Trotz der extrem widrigen Marktentwicklung war die Einhaltung der Wertuntergrenze in Stammbestand und Ausgleichsfonds zu keinem Zeitpunkt gefährdet. Das Wertversicherungsmanagement baute in beiden Teilvermögen frühzeitig Marktrisiken ab und vermied so erhebliche weitergehende Marktwertverluste. Kapitalanlagestrategie und Sicherungskonzept haben sich damit auch 2022 bewährt.

Die Personalabbauziele sind auch 2022 wieder erreicht worden. Für die sozialverträgliche Personalanpassung wurde die natürliche Fluktuation genutzt. Im Fokus der Personalentwicklung stand 2022 unter anderem der Ausbau von Kompetenzen, die durch die geänderten digitalen Arbeitsbedingungen der vergangenen Jahre gefordert wurden. Seit dem 1. Januar 2023 ist die elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung für alle Arbeitgeber verpflichtend. Auch die PBeaKK hat diese erfolgreich eingeführt.

2.1 AKTUELLES UNTERNEHMENSGESCHEHEN

Entwicklung der Grundversicherung

Die PBeaKK hatte in der Grundversicherung zum 31. Dezember 2022 insgesamt 362.098 Versicherte (Vorjahr: 376.755 Versicherte). Diese Anzahl teilt sich in 283.424 Mitglieder mit 78.674 Mitversicherten. In der Grundversicherung wurden zum 1. Januar 2022 die Beiträge um moderate 3,39 % (Vorjahr: 3,32 %) angepasst. Die Beitragsanpassung basiert auf dem Gutachten eines objektiven und weisungsfreien Aktuars.

Wie auch in den Vorjahren mussten die Beiträge 2022 nicht mit Verwaltungskosten belastet werden. Die Postnachfolgeunternehmen, die Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation, die Museumsstiftung Post und Telekommunikation und die Bundesrepublik Deutschland tragen diese Verwaltungskosten, soweit sie nicht höher als die Verwaltungskosten vergleichbarer effizienter PKV-Unternehmen sind. Der seit dem Jahr 2006 durchgeführte Vergleich der Verwaltungskosten der PBeaKK mit denen der PKV (gemäß Anhang 5 Satzung PBeaKK) zeigt für das Jahr 2022 wiederum unterdurchschnittliche Verwaltungskosten der PBeaKK. Lediglich die Mitglieder, deren Verwaltungskosten nicht von einem der in § 26k BAPostG i. V. m. § 2 PBeaKK-VerwAufwVO genannten Kostenträger übernommen werden, haben einen Ausgleichszuschlag nach § 28 der Satzung der PBeaKK für ihre anteiligen Verwaltungskosten zu entrichten. Dies gilt für rund 2 % der insgesamt 283.424 Mitglieder. Bei der Festsetzung des Ausgleichszuschlags ergibt sich durch eine Änderung des Bundesanstalt-Post-Gesetzes in Verbindung mit dem Anhang 7 der Satzung eine veränderte Berechnungsmethode mit einem deutlich niedrigeren Zuschlag. In den Jahren 2023 und 2024 wirkt sich die Senkung aufgrund der Umstellung wesentlich stärker aus als in den Folgejahren ab 2025.

Darüber hinaus bietet die PBeaKK ihren Versicherten weiterhin unverändert einen Krankenversicherungsschutz zu einem sehr attraktiven Preis-Leistungs-Verhältnis. Dies bestätigt der nach § 26g Abs. 3 BAPostG erforderliche jährliche Beitragsvergleich mit der PKV. Nach dem unabhängigen versicherungsmathematischen Gutachten liegt das Niveau der Lebensbeiträge anderer privater Beihilfeergänzungsversicherungen der PKV-Unternehmen mit vergleichbaren Leistungen mit 16,0 % (Vorjahr: 16,2 %) über dem Niveau der Grundversicherung der PBeaKK.

Zum 1. Januar 2023 steigen die Beiträge in der Grundversicherung um moderate 3,60 %. Insgesamt ist die Grundversicherung – trotz geschlossenem Mitgliederbestand und steigenden Gesundheitskosten – dauerhaft und nachhaltig ausfinanziert. Dies bestätigt der unabhängige versicherungsmathematische Gutachter.

Entwicklung der Zusatzversicherung

In der Ergänzungsstufe und ISH-Stufe wurde zum 1. Januar 2022 neben einer Neukalkulation ein Teil der zur Verfügung stehenden Betriebsmittel an die Versicherten mittels einer Beitragssenkung weitergegeben. Im Durchschnitt sanken daher die Beiträge für die Bestandskunden in der Ergänzungsstufe um rund 22 % (rund 0,21 €/Schritt) bzw. in der ISH-Stufe um rund 7 % (rund 0,27 €). Mit Ausnahme von wenigen Altersbereichen sanken ebenfalls auch die Beiträge bei den Neuaufnahmen bzw. Neuabschlüssen in den beiden Stufen. Die anderen Stufen der Zusatzversicherung blieben unverändert.

Unsere Satzung sieht vor, dass der Leistungsumfang in der Pflagegeldstufe in regelmäßigen Abständen an die steigenden Lebenshaltungskosten angepasst wird, um dadurch einen Inflationsverlust auszugleichen. Hierzu wird jeweils zum 1. August eines Jahres der vom statistischen Bundesamt veröffentlichte Verbraucherpreisindex mit dem Verbraucherpreisindex der letzten Leistungsanpassung verglichen. Zum 1. August 2022 hat dieser Indexwert die satzungsgemäße Grenze mit einem Wert von 15,79 % überschritten. Daher haben die Versicherten zum 1. Januar 2023 die Möglichkeit, das Tagegeld ohne eine erneute Gesundheitsprüfung anzupassen.

Leistungsentwicklung in der Grundversicherung

Im Jahr 2022 war die Ausgabenentwicklung in der Grundversicherung erneut stark von den Auswirkungen der Corona-Pandemie geprägt. Die bereits im Vorjahr zu beobachtende geringere Inanspruchnahme von Leistungen in einzelnen Gesundheitssektoren setzte sich insbesondere in den ersten drei Quartalen des Jahres fort. Daneben schlug in diesem Zeitraum auch der krankheitsbedingte Ausfall von Personal bei den Leistungserbringern kostendämpfend zu Buche. Im vierten Quartal waren auch die Versicherten der PBeaKK von der stark ansteigenden Zahl von Atemwegserkrankungen betroffen, was zu in einem hohen Eingang von Erstattungsvorgängen und damit korrelierend zu höheren Ausgaben führte. Die Gesamtausgaben über alle Leistungsbereiche hinweg lagen aber durch die mildernden Effekte aus den ersten drei Quartalen deutlich unterhalb des Planwertes und trotz des alternden Versichertenbestandes und einsetzenden Inflationsauswirkungen – zum Beispiel in den Bereichen Heilmittel, häusliche Krankenpflege, Intensivpflege und Fahrtkosten – sogar noch unter dem Vorjahresniveau.

Kostendämpfend wirkten sich 2022 dabei erneut die rückläufigen Fallzahlen bei stationären Krankenhausbehandlungen und Rehabilitationsmaßnahmen aus. Darüber hinaus war auch, wie in den Medien häufig berichtet, weiterhin eine Zurückhaltung der Versicherten in Bezug auf Routine- und Vorsorgeuntersuchungen im ärztlichen und zahnärztlichen Bereich zu verzeichnen. Diese Entwicklung war insbesondere in den Ausgaben im Bereich der ärztlichen Leistungen für A-Mitglieder abzulesen. Ein Grund hierfür könnte im höheren Altersdurchschnitt der Versicherten in dieser Mitgliedergruppe und der Furcht vor den Risiken eines schweren Verlaufs bei einer Infektion liegen.

Im 2. Halbjahr konnten neue Rahmenverträge für die Versorgung der Versicherten mit Hilfsmitteln abgeschlossen werden. Die Verträge sichern der PBeaKK aufgrund des bundesweiten Versorgungsumfangs in den nächsten Jahren im Branchenvergleich wirtschaftliche und stabile Hilfsmittelpreise sowie den Versicherten weiterhin eine Versorgung mit qualitativ hochwertigen Hilfsmitteln.

Auch im abgelaufenen Jahr erhielten die Serviceangebote der PBeaKK wieder guten Zuspruch. Mehrere Tausend Inanspruchnahmen zeigten deren Bedeutung für die Versicherten. Insbesondere das kostenfreie Gesundheitstelefon und die kompetente Beratung bei Leistungen und Versorgung durch spezialisierte PBeaKK-Lotsen wurden wieder stark frequentiert.

Service und Qualität

2022 stand im Bereich Kundenservice vor allem die Normalisierung der telefonischen Erreichbarkeit im Fokus. Ziel war es, das sehr gute Niveau der Vorjahre zu erreichen und damit die Erreichbarkeitsdelle 2021 zu überwinden. Einhergehend mit dem optimierten Niveau sollten auch der Zufriedenheitsindex der Kundenbefragung verbessert und die Reduzierung des Beschwerdeaufkommens erreicht werden. Beides wurde 2022 erfolgreich umgesetzt.

Die jährliche Kundenbefragung wurde Ende 2022 durchgeführt. Die Teilnahme war postalisch, per E-Mail oder online möglich. Die Teilnahmequote liegt weiterhin stabil bei sehr guten 40 %. Zum ersten Mal haben mehr Teilnehmer den Fragebogen online ausgefüllt als postalisch. Der ermittelte Zufriedenheitsindex liegt bei einer 2,2 im Schulnotensystem. Dieser Schnitt bedeutet, dass erneut die bisherige Bestnote aus dem Jahr 2020 erreicht werden konnte. Diese hervorragende Bewertung zeigt, dass die Herausforderungen, die 2020 durch die Umstellung des IT-Kernsystems entstanden waren, mithilfe des Engagements der Beschäftigten im Jahr 2022 im Rahmen der Kundenbefragung keinen spürbaren Einfluss mehr haben. Der Kundenservice, die Bearbeitungsdauer der Leistungsanträge und das Preis-Leistungs-Verhältnis wurden mit Bestnoten bewertet. Die telefonische Erreichbarkeit hat sich zum Vorjahr sehr stark entwickelt.

Zusätzlich setzte sich die positive Entwicklung der ErreichungsApp als Alternative zum Postweg auch 2022 kontinuierlich fort. Der Anteil der digitalen Leistungsanträge am Gesamtbestand stieg 2022 um circa 5 Prozentpunkte auf knapp 35 %. Die Registrierungszahlen stiegen parallel weiter an und lagen Ende des Jahres bei über 130.000. Die Bewertung der App durch die Kunden ist sowohl bei der Kundenbefragung als auch in den App-Stores sehr gut. In der Kundenbefragung wurde eine Steigerung auf eine 1,4 erreicht. In den App-stores lagen die Bewertungen klar über vier Sternen.

Auch im Bereich des Onlineauftritts der PBeaKK und der Beihilfedienste wurden 2022 Modernisierungen durchgeführt. Die Internetseiten stellen einen zentralen Teil der Kundenkommunikation der PBeaKK dar und gewinnen stetig an Bedeutung. Die verwendete Software für das Content- und das Dokumentenmanagement wurde upgedatet, damit weiterhin die technischen Voraussetzungen für eine ununterbrochene Verfügbarkeit der Seiten gewährleistet ist. Auch die Sicherheitseinstellungen wurden in Zusammenarbeit mit der IT, der Informationssicherheitsbeauftragten und den beteiligten Dienstleistern kritisch überprüft und optimiert.

Personal und Organisation

Nach langen intensiven Verhandlungen konnten wir im Mai 2022 den Abschluss der Dienstvereinbarung „Grundsätze der Urlaubsplanung“ bekannt geben. Damit konnte einerseits den berechtigten Wünschen der Beschäftigten entgegengekommen werden, ihren Erholungsurlaub besser planen zu können und die Urlaubsverteilung transparenter zu gestalten. Andererseits kann die Postbeamtenkrankenkasse in Zukunft die betrieblichen Belange vorausschauend in die Urlaubsplanung einfließen lassen. Zusätzlich wurde auch die Neugestaltung des Betrieblichen Eingliederungsmanagements im Laufe des Jahres 2022 erfolgreich abgeschlossen.

In der Rekrutierung war weiterhin zu beobachten, dass für viele Bewerber*innen auch 2022 nach wie vor Sicherheit ein wichtiger Aspekt bei der Stellensuche war. Auf der anderen Seite war auch bemerkbar, dass sich der Markt wieder öffnet und viele Bewerber*innen risikofreudiger werden. Das war beispielsweise spürbar durch viele Absagen vor oder nach Vorstellungsgesprächen. Insgesamt wurden im Jahr 2022 100 Stellen ausgeschrieben. Hiervon konnten die meisten Positionen besetzt werden, darunter einige wichtige Schlüsselpositionen in der Führungsebene, wie beispielsweise die Abteilungsleitung Personal und die Regionalleitung Mitte.

Im Fokus der Personalentwicklung stand 2022 unter anderem der Ausbau von Kompetenzen, die durch die geänderten Arbeitsbedingungen der vergangenen Jahre gefordert wurden, um die Zusammenarbeit in der hybriden Arbeitswelt zu optimieren und das neue Miteinander nach zweijähriger Homeofficepflicht zu fördern. Gleiches galt für die Einarbeitung und Förderung neuer Beschäftigter, die während dieser Phase begonnen haben. Erfreulich ist, dass nach der erfolgreichen Rückkehr aller Beschäftigten aus der Homeofficepflicht und den Übergang in die Telearbeit zu Anfang Mai 2022 auch wieder vermehrt Fortbildungen in Präsenz stattfinden konnten.

Mit der Einstellung von zwei DH-Studierende im Bereich BWL-Gesundheitsmanagement und eines DH-Studenten im Bereich Wirtschaftsinformatik 2022, befinden sich aktuell sieben junge Menschen in einem Ausbildungsverhältnis mit der PBeaKK. Zwei Fachinformatiker*innen wurden im Sommer nach dem erfolgreichen Bestehen der Ausbildung in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis übernommen.

Ab dem 1. Januar 2023 startet die elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung für alle Arbeitgeber und somit auch für die PBeaKK verpflichtend. Hierfür waren im Jahr 2022 umfangreiche vorbereitende Aufgaben in den verschiedenen Personalinformationssystemen notwendig. Diese wurden erfolgreich umgesetzt.

Die Personalabbauziele sind auch 2022 wieder erreicht worden. Für die sozialverträgliche Personalanpassung wurde die natürliche Fluktuation genutzt.

Informationstechnologie

Zum März 2022 wurde ein weiterer neuer Mandant für die Bearbeitung von Bundesbeihilfen erfolgreich in der IT-Systemlandschaft der PBeaKK aufgebaut und produktiv gesetzt.

Durch einen ersten Einsatz von Methoden der Künstlichen Intelligenz konnten die automatisierte Texterkennung des Posteingangs erheblich verbessert und manuelle Nacharbeiten im Inputmanagementsystem reduziert werden. Weiterhin konnten zusätzliche Fachinformationen von den Belegen gewonnen werden, welche vorher nicht in ausreichender Qualität erkannt werden konnten. Hierdurch wurden die Voraussetzungen für eine weitergehende Automation durch das Projekt geschaffen.

Ergänzend hierzu wurde ein Projekt zur datengetriebenen Analyse weiterer Automatisierungspotenziale gestartet. Die hierfür erforderlichen technischen Möglichkeiten wurden durch die Einführung der IV-PBeaKK 4.0 bereits geschaffen. 2022 wurde ebenfalls intensiv an der Umsetzung eines großen Versionswechsels im IT-Kernsystem gearbeitet. Aufgrund von Mängeln, welche in den Tests identifiziert wurden, wurde der für 2022 geplante große Versionswechsel im IT-Kernsystem auf 2023 verlegt.

Kapitalanlagen

Die Kapitalmärkte tendierten 2022 weltweit sehr schwach. Nahezu alle Anlageklassen entwickelten sich deutlich negativ. Mit anhaltenden Folgen der Covid-19-Pandemie, z. B. in Form stark gestörter Lieferketten, dem Krieg in der Ukraine, Energie- und Rohstoffknappheit, steigenden Zinsen und rekordhoher Inflation, lastete eine extrem ungünstige Kombination wirtschaftlicher und politischer Probleme auf dem weltweiten Finanzmarkt. Steigende Zinsen belasteten Anleihen und drückten die Bewertung von Aktien. Letztere litten zudem unter weiter steigender Unsicherheit über die künftige politische und wirtschaftliche und eingetrübten Ertragsersparungen. Damit waren mit Aktien und Anleihen die beiden für die PBeaKK wichtigsten Anlageklassen gleichzeitig stark unter Druck. Von ihrer breiten Diversifikation konnten weder Stammbestand noch Ausgleichsfonds profitieren.

Die Risikobudgets für Stammbestand und Ausgleichsfonds waren dennoch auskömmlich. Die Einhaltung der Wertuntergrenze war auch im vergangenen Jahr zu keinem Zeitpunkt gefährdet. Das Wertsicherungsmanagement in beiden Teilvermögen reagierte frühzeitig mit dem Abbau von Marktrisiken auf die Verschlechterung des Umfelds und vermied so erhebliche weitergehende Marktwertverluste. Die Kapitalanlagestrategie und das Sicherungskonzept der PBeaKK haben sich damit im Jahresverlauf 2022 unverändert bewährt.

Auf Marktwertbasis verloren die Kapitalanlagen der PBeaKK 2022 an Wert. Der Rückgang der Marktwerte (bereinigt um Zu- und Abflüsse) betrug beim Ausgleichsfonds -11,7 % (Vorjahr: +3,8%) und bei den übrigen Kapitalanlagen -6,6 % (Vorjahr: +3,0 %).

Die Nominalzinsen konnten sich in den USA und dem Euroraum vom äußerst niedrigen Stand der Vorjahre lösen, was sich positiv auf Neuanlagen auswirkte, die Marktwerte der vorhandenen Bestände aber belastete. Trotz des jüngsten Anstiegs blieb das nominale Zinsniveau im historischen Vergleich dabei niedrig. Gleichzeitig markierten die Realrenditen wegen der massiv gestiegenen Inflation neue Tiefststände.

Die konsequente Höhergewichtung von Aktien, mit der die PBeaKK bereits dem langjährigen Niedrig- und Negativzinsumfeld begegnete, wurde beibehalten. Hauptziel ist dabei unverändert die mittelfristige Vereinnahmung von Risikoprämien. Gleichzeitig bieten Aktien als Substanzinvestments einen begrenzten Schutz vor Inflation. Verbunden ist dies mit einem stringenten und konsequenten Risikomanagement.

2022 wurden Investitionen in den Direktbestand in Form von gedeckten Namenspapieren weiter aufrechterhalten, um die Kosten der Kapitalanlage durch Einsparung von Gebührenzahlungen an externe Dienstleister zu senken.

Neue Mittel der betrieblichen Altersversorgung (bAV) zur Ausfinanzierung der Rückstellungen für Pensionen wurden 2022 in einen eigenständigen Spezialfonds investiert. Die Mittel der bAV werden dabei von den Mitteln zur Deckung der versicherungstechnischen Rückstellungen getrennt verwaltet.

Beihilfearbeitung für sonstige Stellen

Auf Grundlage von abzuschließenden öffentlich-rechtlichen Geschäftsbesorgungsverträgen darf die PBeaKK für andere Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts ganz oder teilweise die Beihilfearbeitung übernehmen. Auch im Jahr 2022 wurde dieser Aufgabenbereich stetig erweitert. So hat die PBeaKK in diesem Jahr die Beihilfearbeitung für zahlreiche neue Bundesbehörden übernommen – zum Beispiel für das Bundeskartellamt, das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle und das Bundesarbeitsgericht.

Die PBeaKK hat 2022 mit dem Saarland einen Geschäftsbesorgungsvertrag über eine Beihilfearbeitung für die Beamtinnen und Beamten aus dem Landesbereich abgeschlossen. Damit soll die PBeaKK erstmals für ein Bundesland eine Beihilfe nach landesrechtlichen Vorschriften bearbeiten. Nach Ablauf einer Initialisierungs- und Umsetzungsphase soll die Wahrnehmung dieser Aufgaben voraussichtlich im Laufe des 4. Quartals 2023 beginnen.

Alle bisherigen Vertragspartner sind mit der PBeaKK als Beihilfe-Dienstleister weiterhin sehr zufrieden. Der reibungsfreie Verlauf der unterschiedlichen Migrationsprojekte und die pünktlichen Bearbeitungsstarts haben bewiesen, dass die PBeaKK die Beihilfearbeitung für Dritte erfolgreich übernehmen kann und diese Aufgabe langfristig professionell wahrnimmt. Die beihilferechtlichen Personen selbst profitieren von den kurzen Bearbeitungszeiten sowie ausgewiesenen Servicestandards der PBeaKK, wie z. B. der eigenständigen Internetseite, der PBeaKK EinreichungsApp und dem Rückrufservice.

2.2 AUFGABEN DER PBeaKK

Die PBeaKK ist eine Sozialeinrichtung der früheren Deutschen Bundespost (§ 26 Abs. 2 BAPostG). Sie ist seit dem 1. Januar 1995 in ihrem Bestand geschlossen und wird mit dem Ziel der Abwicklung für die BAnst PT und für die Postnachfolgeunternehmen durch die BAnst PT weitergeführt.

Gegenüber ihren Mitgliedern – zumeist Beamten – und deren mitversicherten Angehörigen erbringt die PBeaKK beihilfeergänzende Krankenversicherungsleistungen aus der Grundversicherung sowie Versicherungsleistungen aus der Zusatzversicherung und der Ergänzungsversicherung (§ 26d Abs. 1 BAPostG).

Zudem bearbeitet die PBeaKK die Beihilfe für die Beamten aus dem Bereich der ehemaligen Deutschen Bundespost im Rahmen eines gesetzlichen Auftrags für die BAnst PT (§ 16 Abs. 2, § 26d Abs. 3 BAPostG). Daneben kann die PBeaKK auf Grundlage von öffentlich-rechtlichen Geschäftsbesorgungsverträgen gemäß § 26l BAPostG die Beihilfearbeitung für andere Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts übernehmen. Derzeit hat die PBeaKK auf Grundlage solcher Geschäftsbesorgungsverträge die Beihilfearbeitung für folgende Stellen übernommen:

- Bundeseisenbahnvermögen
- Museumsstiftung Post und Telekommunikation
- Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen bei A-Mitgliedern und ab 01.08.2021 bei B1-Mitgliedern
- Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation
- Berufsgenossenschaft Rohstoffe und chemische Industrie
- Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft
- Berufsgenossenschaft Energie Textil Elektro Medienerzeugnisse
- Berufsgenossenschaft Nahrungsmittel und Gastgewerbe
- Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege
- Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (seit 01.03.2022)

Im Geschäftsjahr 2022 wurden 2.308,9 Mio. Euro (Vorjahr: 2.287,1 Mio. Euro) mit den Beihilfeträgern abgerechnet. Davon entfallen auf die Beihilfe im vereinigten Verfahren 2.033,3 Mio. Euro (Vorjahr: 2.016,4 Mio. Euro) und für Nichtversicherte 83,3 Mio. Euro (Vorjahr: 80,3 Mio. Euro). Auf die Beihilfepauschale entfallen 192,3 Mio. Euro (Vorjahr: 190,4 Mio. Euro).

Im Rahmen der Beihilfearbeitung für Dienstordnungsangestellte (DO-Angestellte) und Dienstordnungsvorgangsempfänger der Berufsgenossenschaften und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz wurden zudem 51,1 Mio. Euro (Vorjahr: 35,8 Mio. Euro) an Leistungen abgerechnet.

Im Auftrag der Gemeinschaft privater Versicherungsunternehmen führt die PBeaKK die private Pflegepflichtversicherung für ihre Versicherten durch. Die Leistungen für die private Pflegepflichtversicherung sind im Geschäftsjahr 2022 um 18,2 Mio. Euro auf 160,9 Mio. Euro (Vorjahr: 142,7 Mio. Euro) gestiegen.

2.3 BEITRÄGE, KAPITALANLAGEN, LEISTUNGEN UND VERWALTUNGSaufWAND

Versicherungsbeiträge

Insgesamt verringerten sich die verdienten Beiträge im Berichtsjahr um rund 1,3 % auf 951,5 Mio. Euro (Vorjahr: 963,7 Mio. Euro). In der Grundversicherung stiegen die verdienten Beiträge um rund 0,5 % auf 849,1 Mio. Euro (Vorjahr: 844,9 Mio. Euro). In der Zusatzversicherung reduzierten sich die verdienten Beiträge von 118,8 Mio. Euro auf 102,4 Mio. Euro. Der Rückgang der verdienten Beiträge in der Zusatzversicherung belief sich damit auf rund 13,8 %, begründet wurde dies durch eine Neukalkulation in der Ergänzungsstufe und ISH-Stufe.

Erträge aus Kapitalanlagen

Die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Erträge aus Kapitalanlagen (ohne Ausgleichsfonds) in Höhe von 7,1 Mio. Euro (Vorjahr: 8,1 Mio. Euro) beinhalten die Zinserträge aus den im Direktbestand gehaltenen Namenspapieren, Abgangsgewinne sowie Ausschüttungen aus Spezialfonds. Die Verzinsung in Anlehnung an die GDV-Formel (ohne Verwaltungsaufwendungen) beläuft sich damit für die Kapitalanlagen (ohne Ausgleichsfonds) auf 0,3 % (Vorjahr: 0,4 %). Im Ausgleichsfonds wurden die Kapitalerträge weit überwiegend thesauriert. Steuerlich bedingte Ausschüttungen wurden umgehend reinvestiert.

Die Erträge aus Mitteln der bAV werden vollständig thesauriert.

Versicherungsleistungen und Veränderung der Deckungsrückstellung

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle beliefen sich im Berichtsjahr auf 977,7 Mio. Euro (Vorjahr: 941,8 Mio. Euro). Dabei entfielen rund 872,0 Mio. Euro (Vorjahr: rund 837,3 Mio. Euro) auf die Grundversicherung und rund 105,7 Mio. Euro (Vorjahr: rund 104,5 Mio. Euro) auf die Zusatzversicherung.

Die Zahlungen für Versicherungsfälle nach Abzug der einzelfallbezogenen und pauschalen Beihilfe in der Grundversicherung beliefen sich im Geschäftsjahr auf insgesamt rund 971,1 Mio. Euro (Vorjahr: rund 983,2 Mio. Euro). Es entfielen dabei 865,3 Mio. Euro (Vorjahr: 876,9 Mio. Euro) auf die Grundversicherung bzw. 105,9 Mio. Euro (Vorjahr: 106,3 Mio. Euro) auf die Zusatzversicherung.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle (nach Abzug der Beihilfe für die Grundversicherung) erhöhte sich im Berichtsjahr 2022 um rund 6,6 Mio. Euro (Vorjahr: Auflösung 41,5 Mio. Euro). Davon entfiel auf die Grundversicherung eine Zuführung in Höhe von rund 6,7 Mio. Euro (Vorjahr: Auflösung 39,6 Mio. Euro) und auf die Zusatzversicherung eine Auflösung in Höhe von rund 0,1 Mio. Euro (Vorjahr: Auflösung 1,9 Mio. Euro). Die Deckungsrückstellung wird nur für die Zusatzversicherung gebildet. Die Zuführung der Deckungsrückstellung belief sich auf rund 48,3 Mio. Euro im laufenden Geschäftsjahr. Im Vorjahr belief sich der Verbrauch der Deckungsrückstellung auf ca. 4,8 Mio. Euro.

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb beinhalten die Verwaltungskosten für die Grundversicherung in Höhe von 1,8 Mio. Euro (Vorjahr: 0,8 Mio. Euro) und für die Zusatzversicherung in Höhe von 13,2 Mio. Euro (Vorjahr: 6,5 Mio. Euro).

Die Verwaltungskosten, die auf die Grundversicherung entfallen, werden gemäß den Regelungen des § 26k Satz 2 BAPostG i. V. m. § 2 PBeaKK-VerwAufwVO von den PNU, der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation, der Museumsstiftung Post und Telekommunikation, der Bundesrepublik Deutschland und der PBeaKK getragen. Voraussetzung ist, dass die Verwaltungskosten nicht höher sind als die Verwaltungskosten vergleichbarer effizienter privater Krankenversicherungsunternehmen. Dies ist seit der erstmaligen Ermittlung der Kosten effizienter Verwaltung in der Grundversicherung im Jahr 2006 der Fall.

Der Aufwand, der auf die Zusatzversicherung entfällt, ist gemäß § 26k Satz 2 BAPostG i. V. m. § 3 Abs. 1 PBeaKK-VerwAufwVO von den Versicherten zu tragen und wird unter „Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb“ ausgewiesen.

Der Verwaltungsaufwand für die Durchführung der privaten Pflegepflichtversicherung wird durch die Gemeinschaft privater Versicherungsunternehmen (GPV) und die PNU getragen.

Sonstige Erträge und Aufwendungen

Die sonstigen Erträge und Aufwendungen umfassen im Wesentlichen den Gestellungsaufwand und die Gestellungserträge in Höhe von 83,2 Mio. Euro (Vorjahr: 85,6 Mio. Euro). Der Verwaltungsaufwand der PBeaKK wird zunächst durch die BAnst PT gestellt.

2.4 VERMÖGENS- UND FINANZLAGE

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2022 ist das Gesamtvermögen von 2.814,0 Mio. Euro auf 2.807,9 Mio. Euro gesunken. Davon ist der wesentliche Teil in sonstige Kapitalanlagen mit 2.170,2 Mio. Euro (Vorjahr: 2.157,1 Mio. Euro) sowie in den Ausgleichsfonds gemäß § 70a Satzung mit 555,0 Mio. Euro (Vorjahr: 555,0 Mio. Euro) und den Kapitalanlagen zur Finanzierung der bAV mit 19,3 Mio. Euro (Vorjahr: 14,6 Mio. Euro) investiert.

Zu Marktwerten beliefen sich die Kapitalanlagen der PBeaKK am 31. Dezember 2022 auf 3.054,2 Mio. Euro (Vorjahr: 3.314,0 Mio. Euro), wovon 807,6 Mio. Euro (Vorjahr: 914,7 Mio. Euro) auf den Ausgleichsfonds entfielen und 17,3 Mio. Euro (Vorjahr: 15,1 Mio. Euro) auf die bAV. Die Veränderung auf Marktwertbasis (bereinigt um Zu- und Abflüsse) belief sich im Berichtsjahr im Ausgleichsfonds auf -11,7% und in den übrigen Kapitalanlagen -6,6%. Die Veränderung auf Marktwertbasis der bAV (bereinigt um Zu- und Abflüsse) belief sich im Berichtsjahr auf -14,0%.

Die Bewertungsreserven der Kapitalanlagen der PBeaKK am 31. Dezember 2022 beliefen sich auf 309,8 Mio. Euro (Vorjahr: 584,6 Mio. Euro), darin enthalten sind stille Reserven des Ausgleichsfonds in Höhe von 252,5 Mio. Euro (Vorjahr 359,7 Mio. Euro). Die Reservequote, das heißt stille Reserven in Bezug zu Buchwerten, beläuft sich für die Kapitalanlagen auf 11,3% (Vorjahr: 21,4%). Die Reservequote nur bezogen auf den Ausgleichsfonds beträgt 45,5% (Vorjahr: 64,8%).

Die Bewertungsreserven der bAV am 31. Dezember 2022 beliefen sich auf -1,9 Mio. Euro (Vorjahr: 0,4 Mio. Euro). Die Reservequote, bezogen auf die Mittel der bAV, beträgt -10,0% (Vorjahr: 3,0%).

Das Eigenkapital hat sich zum Bilanzstichtag von 1.059,6 Mio. Euro auf 979,6 Mio. Euro reduziert. Der Ausgleichsfonds und der Ausgleichsposten für Abschreibungen haben sich jeweils wie die korrespondierenden Aktivposten entwickelt.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen sind von 1.100,9 Mio. Euro auf 1.156,4 Mio. Euro gestiegen.

2.5 JAHRESABSCHLUSS UND ÜBERSCHUSSVERWENDUNG

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022

Im Geschäftsjahr 2022 weist die PBeaKK einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 80,0 Mio. Euro (Vorjahr: Jahresüberschuss 29,3 Mio. Euro) aus. In der Grundversicherung ergibt sich ein Jahresfehlbetrag von 19,7 Mio. Euro (Vorjahr: Jahresüberschuss 11,6 Mio. Euro). Für die Zusatzversicherung wird ein Jahresfehlbetrag von 60,3 Mio. Euro (Vorjahr: Jahresüberschuss 17,7 Mio. Euro) ausgewiesen. Der Vorstand hat in seiner Sitzung am 25. April 2023 den Jahresabschluss gemäß § 75 Abs. 1 der Satzung der PBeaKK aufgestellt.

In dieser Sitzung hat der Vorstand eine Empfehlung zur Verwendung des Jahresabschlussergebnisses gemäß § 72a der Satzung der PBeaKK beschlossen und über eine entsprechende Beschlussvorlage für die Sitzung des Verwaltungsrats am 28. Juni 2023 entschieden. Nach Maßgabe des § 72a der Satzung der PBeaKK soll durch den Verwaltungsrat beschlossen werden, den ausgewiesenen Bilanzverlust in Höhe von 16,8 Mio. Euro durch Entnahme aus der Gewinnrücklage auszugleichen.

Die Gewinnrücklage dient neben den sonstigen Finanzreserven/Rücklagen der langfristigen Ausfinanzierung des Grundversicherungsschutzes.

Vorjahresabschluss zum 31. Dezember 2021

In der Sitzung des Verwaltungsrats vom 29. Juni 2022 wurde der am 27. April 2022 vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss für das zum 31. Dezember 2021 endende Geschäftsjahr, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und -Verlustrechnung und Anhang sowie Lagebericht gemäß § 75 Abs. 4 der Satzung der PBeaKK, festgestellt.

In der Sitzung des Verwaltungsrats vom 29. Juni 2022 wurde nach Maßgabe des § 72a der Satzung beschlossen, den Bilanzverlust der Grundversicherung in Höhe von rund 4,3 Mio. Euro für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 nach Einstellung des Jahresüberschusses in Höhe von rund 11,6 Mio. Euro in die Betriebsmittel (in Höhe von rund 10,6 Mio. Euro) und Rücklagen (in Höhe von rund 5,3 Mio. Euro) durch Entnahme aus der Gewinnrücklage auszugleichen.

In der Zusatzversicherung wurde der gesamte Jahresüberschuss für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 in Höhe von 17,7 Mio. Euro den Betriebsmitteln zugeführt.

2.6 AUSBLICK AUF DAS GESCHÄFTSJAHR 2023

Zum 1. Januar 2023 steigen die Beiträge in der Grundversicherung um moderate 3,60 %. Insgesamt ist die Grundversicherung dauerhaft und nachhaltig ausfinanziert – trotz geschlossenem Mitgliederbestand und steigenden Gesundheitskosten. Dies wird durch den unabhängigen versicherungsmathematischen Gutachter bestätigt.

Für die Entwicklung der Leistungsausgaben in der Grundversicherung zeichnen sich bereits entscheidende Einflussfaktoren ab. Ein wichtiger Faktor wird der erwartete Übergang der Corona-Pandemie in eine Endemie, deren Auswirkung auf die Inanspruchnahme von Leistungen durch die Versicherten in den einzelnen Kostensektoren derzeit noch nicht absehbar ist. Daneben werden sich, durch die bestehenden Gebührenrahmen allerdings mit einem zeitlichen Versatz, auch die Inflations- und Energiepreisentwicklung des vergangenen Jahres weiter in den Abrechnungen der Leistungserbringer niederschlagen. Durch die angekündigten gesetzlichen Änderungen bei der Krankenhausfinanzierung zeichnen sich Veränderungen in der Abrechnungssystematik für Krankenhausbehandlungen ab. Daneben dürften sich auch mit der Umsetzung der erwarteten 10. Änderungsverordnung zur Bundesbeihilfeverordnung in das Satzungsrecht der PBeaKK Auswirkungen für die Leistungsausgaben in der Grundversicherung PBeaKK ergeben.

Nach dem Abschluss der turnusmäßigen Neuvergabe für den Betrieb der Rechenzentrumsinfrastruktur der PBeaKK erfolgt 2023 die damit verbundene Erneuerung der Netzwerk- und Betriebssysteminfrastruktur inklusive der Migration der Daten und Anwendungen. Weiterhin erfolgt 2023 die ursprünglich für 2022 geplante Durchführung eines großen Versionswechsels im IT-Kernsystem der PBeaKK.

2023 werden die Funktionalitäten der EinreichungsApp der PBeaKK weiter verbessert und ausgebaut. Insbesondere durch die geplante Umsetzung eines Postfaches in der App können dann Dokumente digital von der PBeaKK an die Kundinnen und Kunden zugestellt werden, wodurch der Postversand in diesen Fällen entfällt. Ergänzend hierzu werden 2023 weitere Maßnahmen zur Digitalisierung und Automation analysiert und umgesetzt. Diese möglichen Handlungsfelder umfassen eine Erhöhung des elektronischen Datenaustausches, Erweiterungen der fachlichen Regelwerke und Prozessoptimierungen.

Weiterhin erfolgt 2023, mit der Übernahme der Beihilfebearbeitung für das Land Saarland, der Aufbau eines ersten Mandanten für Landesbeihilfe in der IT-Umgebung der PBeaKK. Hierfür wurde bereits Ende 2022 ein entsprechendes Umsetzungsprojekt gestartet.

Die Kapitalanlagen der PBeaKK verfolgen 2023 das Ziel, mit einer vertretbaren Risikoübernahme mittelfristig eine angemessene positive Rendite zu erwirtschaften. Mit der abrupten Zinswende 2022 entfernte sich das allgemeine Zinsumfeld nominal vom extrem niedrigen Niveau der Vorjahre. Im historischen Vergleich bleibt das nominale Zinsniveau aber niedrig. Gleichzeitig gewinnt in einem Umfeld womöglich längerfristig höherer Inflation die Betrachtung von Realrenditen zunehmend an Bedeutung. Zur Erzielung mittelfristig durchschnittlich positiver Realrenditen wird sich die PBeaKK zukünftig noch mehr auf Aktien und andere Substanzinvestments stützen müssen. Die Erhöhung der neutralen Aktienquote in der Strategischen Asset Allocation auf jetzt 25,0 % trägt dem zusammen mit der Öffnung der bisherigen Immobilienquote für Alternative Assets Rechnung. Die jährlichen Erträge dürften dabei weiter starken Schwankungen unterliegen. Mit Blick auf die langfristige Verpflichtungsstruktur erscheint eine solche Volatilität der Anlageergebnisse jedoch gut tragbar. Die Verzinsung in Anlehnung an die GDV-Formel (ohne Verwaltungsaufwendungen) wird von der PBeaKK unverändert nicht aktiv gesteuert. Als rein buchhalterische Kennzahl wird sie sich 2023 voraussichtlich ungefähr auf Vorjahresniveau bewegen.

Intern steht der Abschluss einer Dienstvereinbarung über die Arbeitszeit im Fokus für das Jahr 2023. Hierin wird auch das Urteil des Bundesarbeitsgerichts zur Pflicht der Arbeitszeiterfassung eine zentrale Rolle spielen. Darüber hinaus wird 2023 das bereits begonnene Projekt HR-Digitalisierung fortgeführt sowie weitere Maßnahmen ergriffen und umgesetzt, um die Prozesse innerhalb der Abteilung Personal weiter zu modernisieren.

Mit der Übernahme weiterer neuer Kunden in der Beihilfebearbeitung 2023 wird erstmals auch neues Personal bei der PBeaKK integriert. Hierfür sind umfangreiche Abstimmungen und Vorarbeiten im Jahresverlauf 2023 notwendig.

Neben der konsequenten fachlichen und persönlichen Qualifizierung unserer Beschäftigten werden 2023 das effektive und effiziente Talentmanagement sowie die Nachfolgeplanung für Fach- und Führungspositionen eine zentrale Rolle für die PBeaKK einnehmen. Hierdurch wird der Demografie-Herausforderung frühzeitig begegnet werden.

2.7 RISIKOBERICHTERSTATTUNG

2.7.1 Rahmenbedingungen des Risikomanagements der PBeaKK

Der Vorstand der PBeaKK hat gemäß § 7 Absatz 2 Ziffer 11 der Satzung der PBeaKK ein angemessenes Risikomanagement einzurichten sowie ein wirksames Risikocontrolling durchzuführen. Bei der Umsetzung des unternehmensweiten Risikomanagements orientiert sich die PBeaKK am Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) und den aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation von Versicherungsunternehmen (MaGo), berücksichtigt dabei jedoch die spezifischen Besonderheiten der PBeaKK. Die Risiken der Zusatzversicherung werden über ein PBeaKK-internes Risikomodell in Anlehnung an die europäische Solvency-II-Richtlinie quantifiziert.

2.7.2 Umfang des Risikomanagements

Primäres Ziel des Risikomanagements ist es, den systematischen Umgang mit wesentlichen Risiken sicherzustellen. Die Risikostrategie der PBeaKK konzentriert sich auf Risiken, welche die Erreichung der strategischen Ziele gefährden oder deren Nichterreichung zur Folge haben. Diese können folgendermaßen zusammengefasst werden:

- Risiken, welche die strategischen Planungen zur Beitragsentwicklung in der Grund- und Zusatzversicherung gefährden,
- Risiken, welche die erforderlichen finanziellen Reserven gefährden,
- Risiken, welche die Bearbeitungsdauer, die Beratungsqualität und das Leistungsspektrum eines guten, bedarfsgerechten Services und damit die Kundenzufriedenheit einschränken,
- Risiken, welche die Effizienz der Geschäftsprozesse einschränken,
- Risiken, welche die Mitarbeiterleistungsfähigkeit und -zufriedenheit dahingehend beeinträchtigen, dass das Erreichen der Unternehmensziele wesentlich negativ beeinflusst wird.

Der für alle Bereiche festgelegte Risikomanagementprozess ist an der Unternehmensstrategie ausgerichtet und legt die Regeln im Umgang mit den Risiken fest.

Im Risikokontrollprozess wird bestimmt, wie wesentliche Risiken zu identifizieren, zu bewerten, zu steuern und zu überwachen sind. Die Prozess- und Risikoverantwortlichen haben die Aufgabe, die von ihnen zu verantwortenden Risiken zu identifizieren, zu bewerten sowie Maßnahmen zum Umgang mit Risiken zu definieren.

Die PBeaKK definiert auf der Grundlage von Solvency II drei Schlüsselfunktionen als wesentliche Elemente im Governance-System. Hierbei handelt es sich um die unabhängige Risikokontrollfunktion, die Compliance-Funktion und die Funktion der internen Revision. Sie sind wesentliche Elemente und stellen insbesondere eine angemessene und unabhängige Kontrolle im Unternehmen sicher. Die Schlüsselfunktion der versicherungsmathematischen Funktion hat die PBeaKK ausgelagert.

Der Vorbereitungs- und Prüfungsausschuss überwacht im Auftrag des Verwaltungsrats die Wirksamkeit des internen Risikomanagements.

Die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems wurde formell erneut durch Prüfungshandlungen des Prüfungsausschusses des Verwaltungsrats im Mai 2022 bestätigt.

Die Risiken der PBeaKK sind in vier Risikoklassen eingeteilt: strategische Risiken, Kapitalanlagerisiken, versicherungstechnische Risiken und operationale Risiken.

2.7.3 Strategische Risiken

Als strategisches Risiko ist die Gefährdung der Ergebnis- bzw. Planerreicherung infolge einer unzureichenden Ausrichtung der PBeaKK auf das jeweilige – möglicherweise kurzfristig veränderte – Geschäftsumfeld definiert. Strategische Risiken können somit aus regulatorischen Änderungen, einem inadäquaten strategischen Entscheidungsprozess, aus unvorhersehbaren Marktentwicklungen oder aus einer mangelhaften Umsetzung der gewählten Strategie resultieren.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen werden im Wesentlichen durch das Bundesanstalt-Post-Gesetz (BAPostG) und die konkretisierenden Regelungen der Satzung sowie des Beihilferechts für Bundesbeamte gesetzt.

Der geschlossene Versicherungsbestand mit demografisch bedingter Reduzierung der Versichertenzahl fordert die Unternehmensleitung, ihre Strategie entsprechend auszurichten.

Seit 2016 ermöglicht das BAPostG der PBeaKK die Übernahme von Beihilfearbeitung für andere Auftraggeber. Die PBeaKK nutzt die Chance der Verbreiterung der Dienstleistungsbasis auf der Grundlage der neuen IT-Technologie sowie überlegener Geschäftsprozesse. Verbunden mit den Ansprüchen an eine umfassende Dienstleistungsqualität und einer weiteren konsequenten Digitalisierung soll den berechtigten Interessen der Versicherten, der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation, der Postnachfolgeunternehmen sowie weiterer Auftraggeber, u.a. Berufsgenossenschaften und Bundesbehörden an einen modernen Dienstleister entsprochen und weitere Effizienzen gehoben werden. Bereits in den vergangenen Jahren konnte die PBeaKK ihr Dienstleistungsangebot ausweiten, weitere Kooperationen auf Bundes- und Landesebene sind derzeit in Planung und etablieren die PBeaKK zunehmend als relevanten Beihilfedienstleister am Markt.

Die Strategie der PBeaKK wird jährlich vom Verwaltungsrat überprüft und stellt die Grundlage für den Umgang mit kommenden Herausforderungen dar. Die auf der Strategie aufbauende Balanced Scorecard stellt die operative Umsetzung der strategischen Ziele sicher.

Seit Oktober 2021 ist die Stelle des Vorstandsvorsitzenden der PBeaKK vakant. Durch den zusätzlichen krankheitsbedingten Ausfall des Mitglieds des Vorstands wird die PBeaKK seit Februar 2022 durch einen Interimsvorstand geführt. Damit ist die PBeaKK dem Risiko der verminderten strategischen Handlungsfähigkeit ausgesetzt.

2.7.4 Kapitalanlagerisiken

Die Kapitalanlagen der PBeaKK werden mit dem Ziel gemanaged – unter Berücksichtigung vorhandener Risiken sowie Einhaltung einer vorgegebenen Wertuntergrenze – eine angemessene, risikoadäquate, positive Rendite im mehrjährigen Durchschnitt zu erwirtschaften.

Die PBeaKK hat kursreagible Anlagen in extern verwaltete Investmentfonds ausgelagert, die von einer externen Kapitalverwaltungsgesellschaft gesteuert werden. Die Steuerung der Aktienkurs-, Zinsänderungs-, Kredit- und Fremdwährungsrisiken erfolgt regelgebunden über ein Wertsicherungskonzept durch externe Portfoliomanager. Diese Absicherung erfolgt synthetisch durch den Abschluss von Aktienindex- und Zinsfutures, Aktienoptionen sowie Credit Default Swaps und Devisentermingeschäften.

Die Renditeentwicklung der Kapitalanlagen war im Jahr 2022 als Folge der sehr schwachen Entwicklung sowohl des Aktien- als auch des Rentenmarktes moderat negativ. In einem sehr schwachen Marktumfeld verfehlten die Portfolien 2022 das Renditeziel. Trotz der widrigen Marktentwicklung war die Einhaltung der Wertuntergrenzen in Stammbestand und Ausgleichsfonds zu keinem Zeitpunkt gefährdet. Dem durch höhere Inflationsraten geprägten gesamtwirtschaftlichen Umfeld wurde durch eine Anhebung der Aktienquote in der Strategischen Asset Allocation Rechnung getragen.

Zur Minimierung des Kreditrisikos wird darauf geachtet, dass beim Erwerb festverzinslicher Kapitalanlagen für den Eigenbestand der PBeaKK ein Mindestrating von „A-“ eingehalten wird und Titel mit bester Bonität bevorzugt werden.

Die PBeaKK begegnet Liquiditätsrisiken, indem das Kapitalanlagemanagement die Liquidität und Fälligkeitsstruktur der Kapitalanlagen grundsätzlich an den Auszahlungsnotwendigkeiten der Versicherungsseite ausrichtet.

Dem Risiko, bestimmte Anlagen einseitig zu bevorzugen, begegnet die PBeaKK durch eine angemessene Mischung und Streuung der Anlagen entsprechend den Vorgaben des § 124 Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG).

Die Risiken, die mit Immobilieninvestments einhergehen, werden von der PBeaKK übernommen. Hierzu zählen die Objektrisiken im Sinne einer negativen Wertänderung aufgrund einer Verschlechterung der Immobiliensituation, z. B. durch Leerstand, und die Risiken einer eingeschränkten Fungibilität. Angesichts des vergleichsweise geringen Investitionsvolumens stellen Immobilienrisiken einen untergeordneten Risikobereich dar.

Die PBeaKK hat ihren Handlungsspielraum hinsichtlich möglicher Investments in Alternative Assets wie Infrastruktur oder Erneuerbare Energien geöffnet. Der so entstandene Handlungsspielraum kann perspektivisch genutzt werden, um inflationären Entwicklungen durch weitere Sachwertinvestments zu begegnen und die Portfolios zusätzlich zu diversifizieren.

2.7.5 Versicherungstechnische Risiken

Grundversicherung

Die Grundversicherung finanziert sich aus den Beiträgen der Versicherten, den Kapitalanlagen inkl. des zur Schließung des Versichertenbestands angelegten Ausgleichsfonds und ihren Erträgen sowie den Gewinnrücklagen, den Betriebsmitteln sowie den Rücklagen.

Das versicherungstechnische Risiko besteht in einer durch Zufall, Irrtum oder Änderung bspw. regulatorischer Art begründeten Erhöhung der Ausgaben oder Verringerung der Einnahmen gegenüber der Erwartung, die sich in einer Erhöhung des Beitragstrends niederschlagen würde.

Die Entwicklung des langfristigen Beitragstrends wird jährlich auf Basis eines versicherungsmathematischen Gutachtens ermittelt. Der Aktuar überprüft kalkulatorische Annahmen, analysiert potenzielle Einflussfaktoren und Unsicherheiten und schätzt deren Auswirkung auf den Beitragstrend ab.

Der langfristige Beitragstrend ist im Vergleich zum Vorjahr von 3,39 % auf 3,60 % angestiegen. Der Anstieg des Beitragstrends resultiert im Wesentlichen aus der Anpassung des medizinischen Inflationsvektors.

Der Beitragstrend ist so bemessen, dass die obigen Finanzierungsquellen zur Ausfinanzierung des Bestands bis zum Abwicklungsende ausreichen. Es zeigen sich keine besonderen Risikolagen.

Zusatzversicherung

Die Zusatzversicherung finanziert die Leistungen aus den Beiträgen der Versicherten, den Kapitalanlagen und deren Erträgen sowie aus den Betriebsmitteln. Der Verwaltungsrat bestimmt jährlich die Beiträge mit dem Ziel der Gewährleistung eines dauerhaft ausgeglichenen Haushalts in jeder Stufe der Zusatzversicherung. Die Beitragsbestimmung erfolgt auf der Grundlage eines jährlich zu erstellenden versicherungsmathematischen Gutachtens. Das versicherungsmathematische Gutachten wird von einem vom Verwaltungsrat bestellten Aktuar erstellt. Dieser hat das Gutachten objektiv und weisungsfrei zu erstellen. In diesem Gutachten wird satzungsgemäß die Versichertenentwicklung, der Schadentrend, die voraussichtliche Entwicklung des Anlagevermögens und die im Haushaltsjahr und langfristig erwarteten Ausgaben und Einnahmen mit dem Ziel der Abwicklung berücksichtigt.

Das versicherungstechnische Risiko besteht in einer aus Zufall, Irrtum oder Änderung resultierenden Erhöhung der Ausgaben oder Verringerung der Einnahmen gegenüber den kalkulatorischen Annahmen. Die Mehrausgaben müssen entweder von der PBeaKK getragen werden oder den Versicherten im Zuge einer Beitragserhöhung weitergegeben werden.

Die PBeaKK begegnet diesen Risiken einerseits durch permanente Beobachtung der Bestandsentwicklung, der Leistungsausgaben und der Rahmenbedingungen des Versicherungsmarktes. Zusätzlich werden angemessene Sicherheitszuschläge in der Beitragskalkulation berücksichtigt. Aus den daraus entstehenden Überschüssen wird eine Betriebsmittelreserve aufgebaut. Die Betriebsmittel können zur Begrenzung von Beitragserhöhungen, für Beitragssenkungen sowie Beitragsrückerstattungen verwendet werden. Die Angemessenheit der Rechnungsgrundlagen wird jährlich durch ein versicherungsmathematisches Gutachten überprüft. Die PBeaKK orientiert sich hierbei an den Vorgaben der Krankenversicherungsaufsichtsverordnung (KVAV).

Darüber hinaus wird die ausreichende Kapitalausstattung der Zusatzversicherung durch Berechnungen mithilfe eines eigenen quantitativen Risikomodells, das sich an den Vorgaben von Solvency II orientiert, überprüft. Strategische Entscheidungen zur Verwendung von Betriebsmitteln zum Nutzen der Versicherten erfolgen unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Zusatzversicherung.

2.7.6 Operationale Risiken

Operationale Risiken beschreiben das Verlustrisiko, das sich aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen, Mitarbeitenden oder Systemen oder durch externe Ereignisse ergibt. Sie betreffen die Qualität und Effizienz der Organisation, der funktionalen Abläufe, des Personals, der Technik und der Kontrolle. Compliance- und Rechtsrisiken sind eingeschlossen.

Der Umgang mit operationalen Risiken konzentriert sich auf die Risikovermeidung und die Risikoverminderung. Die Vermeidung operationaler Risiken erfolgt insbesondere durch das interne Kontrollsystem der PBeaKK sowie einer klaren Definition der Rollen und Aufgaben der Prozess- und Risikoverantwortlichen als elementare Bestandteile des Risikomanagementsystems. Maßnahmen werden im Rahmen von Projekten umgesetzt. Darüber hinaus werden Geschäftsprozesse kontinuierlich auf Optimierungspotenziale überprüft. Die quantitative operative Steuerung und Überwachung von Risiken erfolgt über Risikokennzahlen.

Die Ablösung des IT-Kernsystems Ende 2020 führte Anfang 2021 zu kundenwirksamen Service- und Qualitätseinschränkungen. Diese konnten 2022 durch vielfältige Maßnahmen zur weiteren Standardisierung und Optimierung weitgehend behoben werden. Insgesamt konnten die Bearbeitungszeiten deutlich reduziert werden. Bearbeitungsverzögerungen im Bereich der Pflege bestehen weiterhin.

Die Entscheidung zum Einsatz eines Branchenstandardprodukts ermöglicht der PBeaKK die Partizipation an Softwareanpassungen z. B. aufgrund von gesetzlichen Änderungen. Die Abhängigkeit vom externen Dienstleister zeigt sich jedoch bei zeitkritischen PBeaKK-spezifischen Anforderungen, welche für die Weiterentwicklung und Zukunftsfähigkeit der PBeaKK entscheidend sind. Die PBeaKK sucht Kooperationen zu anderen Marktteilnehmern und nutzt diese für einen engen Austausch.

Mit zunehmender Digitalisierung der PBeaKK-internen Prozesse steigen die operationalen IT- und Cyberrisiken an. Die IT-Systemstabilität und IT-Systemverfügbarkeit ist maßgeblich für eine zügige Bearbeitung der Kundenvorgänge. Risikovermeidende und -vermindernde Maßnahmen des Risiko- und Notfallmanagements sind einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess unterworfen. Zusätzlich plant die PBeaKK in den kommenden Jahren ihre interne IT-Kompetenz auszubauen.

2.7.7 Beurteilung der Gesamtrisikosituation

Die PBeaKK war 2022 mit Blick auf die Unternehmensstrategie trotz eines moderat negativen Kapitalanlagen-ergebnisses keiner erhöhten Risikolage ausgesetzt. Insbesondere bei den kundenrelevanten Kennzahlen konnten die Zielwerte erreicht oder sogar übererfüllt werden. Der Verwaltungsrat der PBeaKK wurde über die Lage und Entwicklung jederzeit informiert.

Angesichts weiter sinkender Versichertenzahlen bei einem älter werdenden Personalbestand stehen die Kundenzufriedenheit und die Zukunftssicherung der PBeaKK neben der Beherrschbarkeit der Verwaltungskosten im Vordergrund. Schritte zur weiteren Digitalisierung und Automatisierung sowie die Etablierung als Beihilfedienstleister am Markt bieten sowohl Chancen als auch Risiken für die mittelfristige Organisationsentwicklung.

Bei der Beurteilung der Gesamtrisikosituation wurden die bestehenden Chancen und Risiken bewertet. Insgesamt ist die PBeaKK zukunftsfähig aufgestellt. Die Interessen der Versicherungsnehmer*innen sind grundsätzlich auch zukünftig nicht gefährdet.

JAHRESABSCHLUSS

3.1 BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2022

AKTIVA

	31.12.2022 Euro	31.12.2022 Euro	31.12.2021 Euro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände			
I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		13.760.133,39	15.920.068,29
II. Geleistete Anzahlungen		5.569,20	56.001,40
		13.765.702,59	15.976.069,69
B. Kapitalanlagen			
I. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.809.155.878,53		1.821.112.906,19
2. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	353.000.000,00		333.000.000,00
3. Einlagen bei Kreditinstituten	8.000.000,00		3.000.000,00
		2.170.155.878,53	2.157.112.906,19
II. Vermögen des Ausgleichsfonds gemäß § 70a Satzung			
Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		555.016.871,31	554.956.888,56
III. Kapitalanlagen zur Finanzierung der bAV			
Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		19.254.873,10	14.609.911,60
		2.744.427.622,94	2.726.679.706,35
C. Forderungen			
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an			
1. Versicherungsnehmer	4.058.650,76		4.142.456,59
2. Mitglieds- und Trägerunternehmen	3.342.528,85		4.158.903,73
		7.401.179,61	8.301.360,32
II. Sonstige Forderungen		16.865.324,00	36.713.768,48
		24.266.503,61	45.015.128,80
D. Sonstige Vermögensgegenstände			
I. Sachanlagen und Vorräte		803.334,20	1.009.583,76
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		21.263.513,54	21.717.231,99
		22.066.847,74	22.726.815,75
E. Rechnungsabgrenzungsposten			
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		2.759.474,09	2.993.546,88
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		607.868,41	648.425,54
		3.367.342,50	3.641.972,42
Summe der Aktiva		2.807.894.019,38	2.814.039.693,01

PASSIVA

	31.12.2022 Euro	31.12.2022 Euro	31.12.2021 Euro
A. Eigenkapital			
I. Betriebsmittel		489.753.357,82	551.996.966,20
II. Rücklage gemäß § 72 Satzung		72.107.000,00	73.075.000,00
III. Gewinnrücklage Grundversicherung		434.565.427,81	438.910.482,41
IV. Bilanzgewinn/-verlust		-16.829.291,79	-4.345.054,60
		979.596.493,84	1.059.637.394,01
B. Ausgleichsfonds gemäß § 70a Satzung		555.016.871,31	554.956.888,56
C. Ausgleichsposten für Rücklage Abschreibungen		14.569.036,79	16.985.653,45
D. Versicherungstechnische Rückstellungen			
I. Deckungsrückstellung		1.008.286.993,00	959.998.033,00
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
1. Gesamtbetrag	425.385.349,98		400.757.727,38
2. abzgl. Beihilfeanteil	277.267.256,72		259.892.285,97
		148.118.093,26	140.865.441,41
		1.156.405.086,26	1.100.863.474,41
E. Andere Rückstellungen			
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		22.354.368,00	19.259.710,00
II. Sonstige Rückstellungen		7.998.812,68	4.083.350,90
		30.353.180,68	23.343.060,90
F. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber			
1. Versicherungsnehmern	5.761.546,11		6.117.032,35
2. Mitglieds- und Trägerunternehmen	8.081.433,80		9.500.004,39
		13.842.979,91	15.617.036,74
II. Sonstige Verbindlichkeiten		57.533.103,89	42.125.922,72
davon aus Steuern 236.139,75 Euro (Vorjahr: 222.494,52 Euro)			
		71.376.083,80	57.742.959,46
G. Rechnungsabgrenzungsposten		577.266,70	510.262,22
Summe der Passiva		2.807.894.019,38	2.814.039.693,01

3.2 GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

FÜR DEN ZEITRAUM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2022

3.2.1 Gesamtergebnis

	2022 Euro	2022 Euro	2021 Euro
I. Versicherungstechnische Rechnung			
1. Verdiente Beiträge			
a) Gebuchte Beiträge		951.529.366,28	963.656.805,73
2. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus sonstigen Kapitalanlagen			
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	4.706.051,36		5.070.090,09
bb) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	2.383.123,18		2.990.047,24
	7.089.174,54		8.060.137,33
b) Erträge aus dem Ausgleichsfonds § 70a Satzung			
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	60.001,20		20.000,69
		7.149.175,74	8.080.138,02
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge		2.642.716,01	2.682.194,27
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle			
aa) Gesamtbetrag	3.280.080.565,28		3.270.370.049,23
bb) abzgl. einzelfallbezogener Beihilfe	2.116.588.673,09		2.096.758.194,92
cc) abzgl. pauschaler Beihilfe	192.341.927,14		190.367.872,63
	971.149.965,05		983.243.981,68
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
aa) Gesamtbetrag	23.952.447,67		-117.219.625,42
bb) abzgl. Beihilfeanteil	-17.374.970,75		75.759.215,39
	6.577.476,92		-41.460.410,03
		977.727.441,97	941.783.571,65
5. Veränderung des Ausgleichsfonds § 70a Satzung			
a) Zuführung zum Ausgleichsfonds § 70a Satzung		59.982,75	19.984,95

	2022 Euro	2022 Euro	2021 Euro
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen			
a) Deckungsrückstellung		48.288.960,00	-4.771.750,00
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb		14.988.627,89	7.328.396,90
8. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		0,00	0,00
9. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen		0,00	0,00
10. Versicherungstechnisches Ergebnis		-79.743.754,58	30.058.934,52
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge			
a) Gestellungsertrag	83.214.034,76		85.572.540,72
b) Andere Erträge	333.743,18		246.568,92
	83.547.777,94		85.819.109,64
2. Sonstige Aufwendungen			
a) Gestellungsaufwand	83.214.034,76		85.572.540,72
b) Andere Aufwendungen	630.888,77		1.022.251,07
	83.844.923,53		86.594.791,79
		297.145,59	775.682,15
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		-80.040.900,17	29.283.252,37
4. Sonstige Steuern		0,00	0,00
5. Jahresüberschuss/-fehlbetrag		-80.040.900,17	29.283.252,37
6. Entnahme aus Gewinnrücklage		0,00	0,00
7. Entnahme aus Betriebsmitteln	64.676.918,59		1.257.867,65
8. Entnahme aus satzungsmäßigen Rücklagen	968.000,00		0,00
9. Einstellung in Betriebsmittel	2.433.310,21		29.573.174,62
10. Einstellung in satzungsmäßige Rücklagen	0,00		5.313.000,00
11. Bilanzgewinn/-verlust		-16.829.291,79	-4.345.054,60

3.2.2 Grundversicherung

	2022 Euro	2022 Euro	2021 Euro
I. Versicherungstechnische Rechnung			
1. Verdiente Beiträge			
a) Gebuchte Beiträge		849.125.784,61	844.844.338,94
2. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus sonstigen Kapitalanlagen			
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	1.687.286,21		1.857.511,27
bb) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	854.434,12		1.095.453,20
	2.541.720,33		2.952.964,47
b) Erträge aus dem Ausgleichsfonds § 70a Satzung			
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	60.001,20		20.000,69
		2.601.721,53	2.972.965,16
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge		2.642.716,01	2.682.194,27
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle			
aa) Gesamtbetrag	3.090.882.075,59		3.083.712.461,33
bb) abzgl. einzelfallbezogener Beihilfe	2.033.257.264,51		2.016.449.054,62
cc) abzgl. pauschaler Beihilfe	192.341.927,14		190.367.872,63
	865.282.883,94		876.895.534,08
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
aa) Gesamtbetrag	24.112.869,94		-115.325.846,72
bb) abzgl. Beihilfeanteil	-17.374.970,75		75.759.215,39
	6.737.899,19		-39.566.631,33
		872.020.783,13	837.328.902,75
5. Veränderung des Ausgleichsfonds § 70a Satzung			
a) Zuführung zum Ausgleichsfonds § 70a Satzung		59.982,75	19.984,95

	2022 Euro	2022 Euro	2021 Euro
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen			
a) Deckungsrückstellung		0,00	0,00
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb		1.759.079,24	852.996,68
8. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		0,00	0,00
9. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen		0,00	0,00
10. Versicherungstechnisches Ergebnis		-19.469.622,97	12.297.613,99
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge			
a) Gestellungsertrag	66.407.487,17		68.229.372,02
b) Andere Erträge	294.925,46		212.490,53
	66.702.412,63		68.441.862,55
2. Sonstige Aufwendungen			
a) Gestellungsaufwand	66.407.487,17		68.229.372,02
b) Andere Aufwendungen	558.594,28		916.159,12
	66.966.081,45		69.145.531,14
		263.668,82	703.668,59
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		-19.733.291,79	11.593.945,40
4. Sonstige Steuern		0,00	0,00
5. Jahresüberschuss/-fehlbetrag		-19.733.291,79	11.593.945,40
6. Entnahme aus Gewinnrücklage		0,00	0,00
7. Entnahme aus Betriebsmitteln		1.936.000,00	0,00
8. Entnahme aus satzungsmäßigen Rücklagen		968.000,00	0,00
9. Einstellung in Betriebsmittel		0,00	10.626.000,00
10. Einstellung in satzungsmäßige Rücklagen		0,00	5.313.000,00
11. Bilanzgewinn/-verlust		-16.829.291,79	-4.345.054,60

3.2.3 Zusatzversicherung Grundstufe

	2022 Euro	2022 Euro	2021 Euro
I. Versicherungstechnische Rechnung			
1. Verdiente Beiträge			
a) Gebuchte Beiträge		4.733.453,99	4.917.600,30
2. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus sonstigen Kapitalanlagen			
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	507.008,66		568.418,50
bb) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	256.746,91		335.220,50
	763.755,57		903.639,00
b) Erträge aus dem Ausgleichsfonds § 70a Satzung			
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	0,00		0,00
		763.755,57	903.639,00
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge		0,00	0,00
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle			
aa) Gesamtbetrag	10.735.270,53		10.700.853,48
bb) abzgl. einzelfallbezogener Beihilfe	0,00		0,00
cc) abzgl. pauschaler Beihilfe	0,00		0,00
	10.735.270,53		10.700.853,48
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
aa) Gesamtbetrag	-55.530,80		-134.274,83
bb) abzgl. Beihilfeanteil	0,00		0,00
	-55.530,80		-134.274,83
		10.679.739,73	10.566.578,65
5. Veränderung des Ausgleichsfonds § 70a Satzung			
a) Zuführung zum Ausgleichsfonds § 70a Satzung		0,00	0,00

	2022 Euro	2022 Euro	2021 Euro
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen			
a) Deckungsrückstellung		-6.855.988,00	-6.242.295,00
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb		1.341.519,78	651.535,54
8. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		0,00	0,00
9. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen		0,00	0,00
10. Versicherungstechnisches Ergebnis		331.938,05	845.420,11
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge			
a) Gestellungsertrag	734.945,70		742.281,78
b) Andere Erträge	3.283,23		2.034,97
	738.228,93		744.316,75
2. Sonstige Aufwendungen			
a) Gestellungsaufwand	734.945,70		742.281,78
b) Andere Aufwendungen	7.096,15		10.281,42
	742.041,85		752.563,20
		3.812,92	8.246,45
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		328.125,13	837.173,66
4. Sonstige Steuern		0,00	0,00
5. Jahresüberschuss/-fehlbetrag		328.125,13	837.173,66
6. Entnahme aus Gewinnrücklage		0,00	0,00
7. Entnahme aus Betriebsmitteln		0,00	0,00
8. Entnahme aus satzungsmäßigen Rücklagen		0,00	0,00
9. Einstellung in Betriebsmittel		328.125,13	837.173,66
10. Einstellung in satzungsmäßige Rücklagen		0,00	0,00
11. Bilanzgewinn/-verlust		0,00	0,00

3.2.4 Zusatzversicherung Aufbaustufe

	2022 Euro	2022 Euro	2021 Euro
I. Versicherungstechnische Rechnung			
1. Verdiente Beiträge			
a) Gebuchte Beiträge		1.339.053,31	1.402.855,78
2. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus sonstigen Kapitalanlagen			
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	323.995,10		365.841,84
bb) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	164.069,66		215.752,48
	488.064,76		581.594,32
b) Erträge aus dem Ausgleichsfonds § 70a Satzung			
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	0,00		0,00
		488.064,76	581.594,32
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge		0,00	0,00
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle			
aa) Gesamtbetrag	6.054.566,45		6.058.566,96
bb) abzgl. einzelfallbezogener Beihilfe	0,00		0,00
cc) abzgl. pauschaler Beihilfe	0,00		0,00
	6.054.566,45		6.058.566,96
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
aa) Gesamtbetrag	-17.968,62		-15.427,97
bb) abzgl. Beihilfeanteil	0,00		0,00
	-17.968,62		-15.427,97
		6.036.597,83	6.043.138,99
5. Veränderung des Ausgleichsfonds § 70a Satzung			
a) Zuführung zum Ausgleichsfonds § 70a Satzung		0,00	0,00

	2022 Euro	2022 Euro	2021 Euro
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen			
a) Deckungsrückstellung		-5.029.383,00	-4.293.184,00
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb		756.601,40	368.861,04
8. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		0,00	0,00
9. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen		0,00	0,00
10. Versicherungstechnisches Ergebnis		63.301,84	-134.365,93
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge			
a) Gestellungsertrag	415.161,95		421.479,49
b) Andere Erträge	1.804,94		1.018,55
	416.966,89		422.498,04
2. Sonstige Aufwendungen			
a) Gestellungsaufwand	415.161,95		421.479,49
b) Andere Aufwendungen	3.912,06		5.654,17
	419.074,01		427.133,66
		2.107,12	4.635,62
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		61.194,72	-139.001,55
4. Sonstige Steuern		0,00	0,00
5. Jahresüberschuss/-fehlbetrag		61.194,72	-139.001,55
6. Entnahme aus Gewinnrücklage		0,00	0,00
7. Entnahme aus Betriebsmitteln		0,00	139.001,55
8. Entnahme aus satzungsmäßigen Rücklagen		0,00	0,00
9. Einstellung in Betriebsmittel		61.194,72	0,00
10. Einstellung in satzungsmäßige Rücklagen		0,00	0,00
11. Bilanzgewinn/-verlust		0,00	0,00

3.2.5 Zusatzversicherung Ergänzungsstufe

	2022 Euro	2022 Euro	2021 Euro
I. Versicherungstechnische Rechnung			
1. Verdiente Beiträge			
a) Gebuchte Beiträge		47.926.199,46	62.637.946,06
2. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus sonstigen Kapitalanlagen			
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	616.259,43		596.214,06
bb) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	312.070,99		351.612,73
	928.330,42		947.826,79
b) Erträge aus dem Ausgleichsfonds § 70a Satzung			
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	0,00		0,00
		928.330,42	947.826,79
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge		0,00	0,00
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle			
aa) Gesamtbetrag	48.820.223,59		50.946.779,47
bb) abzgl. einzelfallbezogener Beihilfe	0,00		0,00
cc) abzgl. pauschaler Beihilfe	0,00		0,00
	48.820.223,59		50.946.779,47
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
aa) Gesamtbetrag	-27.000,26		-1.705.887,76
bb) abzgl. Beihilfeanteil	0,00		0,00
	-27.000,26		-1.705.887,76
		48.793.223,33	49.240.891,71
5. Veränderung des Ausgleichsfonds § 70a Satzung			
a) Zuführung zum Ausgleichsfonds § 70a Satzung		0,00	0,00

	2022 Euro	2022 Euro	2021 Euro
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen			
a) Deckungsrückstellung		40.627.836,00	-5.014.054,00
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb		6.100.758,77	3.102.144,71
8. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		0,00	0,00
9. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen		0,00	0,00
10. Versicherungstechnisches Ergebnis		-46.667.288,22	16.256.790,43
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge			
a) Gestellungsertrag	3.327.982,41		3.500.691,51
b) Andere Erträge	17.391,40		16.382,32
	3.345.373,81		3.517.073,83
2. Sonstige Aufwendungen			
a) Gestellungsaufwand	3.327.982,41		3.500.691,51
b) Andere Aufwendungen	30.375,99		46.048,29
	3.358.358,40		3.546.739,80
		12.984,59	29.665,97
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		-46.680.272,81	16.227.124,46
4. Sonstige Steuern		0,00	0,00
5. Jahresüberschuss/-fehlbetrag		-46.680.272,81	16.227.124,46
6. Entnahme aus Gewinnrücklage		0,00	0,00
7. Entnahme aus Betriebsmitteln		46.680.272,81	0,00
8. Entnahme aus satzungsmäßigen Rücklagen		0,00	0,00
9. Einstellung in Betriebsmittel		0,00	16.227.124,46
10. Einstellung in satzungsmäßige Rücklagen		0,00	0,00
11. Bilanzgewinn/-verlust		0,00	0,00

3.2.6 Zusatzversicherung Krankenhaustagegeldstufe

	2022 Euro	2022 Euro	2021 Euro
I. Versicherungstechnische Rechnung			
1. Verdiente Beiträge			
a) Gebuchte Beiträge		14.928.459,50	15.235.490,59
2. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus sonstigen Kapitalanlagen			
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	934.396,62		1.041.622,24
bb) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	473.174,22		614.288,83
	1.407.570,84		1.655.911,07
b) Erträge aus dem Ausgleichsfonds § 70a Satzung			
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	0,00		0,00
		1.407.570,84	1.655.911,07
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge		0,00	0,00
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle			
aa) Gesamtbetrag	21.637.632,83		21.490.974,25
bb) abzgl. einzelfallbezogener Beihilfe	0,00		0,00
cc) abzgl. pauschaler Beihilfe	0,00		0,00
	21.637.632,83		21.490.974,25
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
aa) Gesamtbetrag	-151.194,05		74.273,41
bb) abzgl. Beihilfeanteil	0,00		0,00
	-151.194,05		74.273,41
		21.486.438,78	21.565.247,66
5. Veränderung des Ausgleichsfonds § 70a Satzung			
a) Zuführung zum Ausgleichsfonds § 70a Satzung		0,00	0,00

	2022 Euro	2022 Euro	2021 Euro
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen			
a) Deckungsrückstellung		-9.402.458,00	-5.126.907,00
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb		2.703.919,98	1.308.519,48
8. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		0,00	0,00
9. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen		0,00	0,00
10. Versicherungstechnisches Ergebnis		1.548.129,58	-855.458,48
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge			
a) Gestellungsertrag	1.478.388,47		1.486.245,69
b) Andere Erträge	6.828,70		4.946,14
	1.485.217,17		1.491.191,83
2. Sonstige Aufwendungen			
a) Gestellungsaufwand	1.478.388,47		1.486.245,69
b) Andere Aufwendungen	14.298,44		20.387,32
	1.492.686,91		1.506.633,01
		7.469,74	15.441,18
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		1.540.659,84	-870.899,66
4. Sonstige Steuern		0,00	0,00
5. Jahresüberschuss/-fehlbetrag		1.540.659,84	-870.899,66
6. Entnahme aus Gewinnrücklage		0,00	0,00
7. Entnahme aus Betriebsmitteln		0,00	870.899,66
8. Entnahme aus satzungsmäßigen Rücklagen		0,00	0,00
9. Einstellung in Betriebsmittel		1.540.659,84	0,00
10. Einstellung in satzungsmäßige Rücklagen		0,00	0,00
11. Bilanzgewinn/-verlust		0,00	0,00

3.2.7 Zusatzversicherung Pflegetagegeldstufe

	2022 Euro	2022 Euro	2021 Euro
I. Versicherungstechnische Rechnung			
1. Verdiente Beiträge			
a) Gebuchte Beiträge		18.412.036,28	18.586.873,70
2. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus sonstigen Kapitalanlagen			
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	418.863,24		424.231,05
bb) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	212.110,44		250.187,04
	630.973,68		674.418,09
b) Erträge aus dem Ausgleichsfonds § 70a Satzung			
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	0,00		0,00
		630.973,68	674.418,09
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge		0,00	0,00
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle			
aa) Gesamtbetrag	5.142.776,06		4.179.583,19
bb) abzgl. einzelfallbezogener Beihilfe	0,00		0,00
cc) abzgl. pauschaler Beihilfe	0,00		0,00
	5.142.776,06		4.179.583,19
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
aa) Gesamtbetrag	-10.036,44		67.398,62
bb) abzgl. Beihilfeanteil	0,00		0,00
	-10.036,44		67.398,62
		5.132.739,62	4.246.981,81
5. Veränderung des Ausgleichsfonds § 70a Satzung			
a) Zuführung zum Ausgleichsfonds § 70a Satzung		0,00	0,00

	2022 Euro	2022 Euro	2021 Euro
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen			
a) Deckungsrückstellung		14.382.528,00	15.006.271,00
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb		642.660,64	254.494,43
8. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		0,00	0,00
9. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen		0,00	0,00
10. Versicherungstechnisches Ergebnis		-1.114.918,30	-246.455,45
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge			
a) Gestellungsertrag	343.354,44		275.658,28
b) Andere Erträge	1.928,27		2.991,51
	345.282,71		278.649,79
2. Sonstige Aufwendungen			
a) Gestellungsaufwand	343.354,44		275.658,28
b) Andere Aufwendungen	4.105,65		4.502,50
	347.460,09		280.160,78
		2.177,38	1.510,99
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		-1.117.095,68	-247.966,44
4. Sonstige Steuern		0,00	0,00
5. Jahresüberschuss/-fehlbetrag		-1.117.095,68	-247.966,44
6. Entnahme aus Gewinnrücklage		0,00	0,00
7. Entnahme aus Betriebsmitteln		1.117.095,68	247.966,44
8. Entnahme aus satzungsmäßigen Rücklagen		0,00	0,00
9. Einstellung in Betriebsmittel		0,00	0,00
10. Einstellung in satzungsmäßige Rücklagen		0,00	0,00
11. Bilanzgewinn/-verlust		0,00	0,00

3.2.8 Zusatzversicherung Auslandsreisekrankenversicherung

	2022 Euro	2022 Euro	2021 Euro
I. Versicherungstechnische Rechnung			
1. Verdiente Beiträge			
a) Gebuchte Beiträge		1.142.476,81	1.167.915,01
2. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus sonstigen Kapitalanlagen			
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	53.039,49		56.002,08
bb) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	26.858,99		33.026,79
	79.898,48		89.028,87
b) Erträge aus dem Ausgleichsfonds § 70a Satzung			
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	0,00		0,00
		79.898,48	89.028,87
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge		0,00	0,00
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle			
aa) Gesamtbetrag	547.980,64		434.245,17
bb) abzgl. einzelfallbezogener Beihilfe	0,00		0,00
cc) abzgl. pauschaler Beihilfe	0,00		0,00
	547.980,64		434.245,17
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
aa) Gesamtbetrag	123.875,17		-18.064,16
bb) abzgl. Beihilfeanteil	0,00		0,00
	123.875,17		-18.064,16
		671.855,81	416.181,01
5. Veränderung des Ausgleichsfonds § 70a Satzung			
a) Zuführung zum Ausgleichsfonds § 70a Satzung		0,00	0,00

	2022 Euro	2022 Euro	2021 Euro
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen			
a) Deckungsrückstellung		-21.674,00	-14.241,00
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb		68.477,72	26.441,15
8. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		0,00	0,00
9. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen		0,00	0,00
10. Versicherungstechnisches Ergebnis		503.715,76	828.562,72
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge			
a) Gestellungsertrag	41.484,64		33.635,40
b) Andere Erträge	126,76		171,10
	41.611,40		33.806,50
2. Sonstige Aufwendungen			
a) Gestellungsaufwand	41.484,64		33.635,40
b) Andere Aufwendungen	512,00		533,18
	41.996,64		34.168,58
		385,24	362,08
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		503.330,52	828.200,64
4. Sonstige Steuern		0,00	0,00
5. Jahresüberschuss/-fehlbetrag		503.330,52	828.200,64
6. Entnahme aus Gewinnrücklage		0,00	0,00
7. Entnahme aus Betriebsmitteln		0,00	0,00
8. Entnahme aus satzungsmäßigen Rücklagen		0,00	0,00
9. Einstellung in Betriebsmittel		503.330,52	828.200,64
10. Einstellung in satzungsmäßige Rücklagen		0,00	0,00
11. Bilanzgewinn/-verlust		0,00	0,00

3.2.9 Zusatzversicherung Implantate, Sehhilfen, Hörgeräte

	2022 Euro	2022 Euro	2021 Euro
I. Versicherungstechnische Rechnung			
1. Verdiente Beiträge			
a) Gebuchte Beiträge		13.921.902,32	14.863.785,35
2. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus sonstigen Kapitalanlagen			
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	165.202,61		160.249,05
bb) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	83.657,85		94.505,67
	248.860,46		254.754,72
b) Erträge aus dem Ausgleichsfonds § 70a Satzung			
aa) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	0,00		0,00
		248.860,46	254.754,72
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge		0,00	0,00
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle			
aa) Gesamtbetrag	12.928.631,01		12.537.445,08
bb) abzgl. einzelfallbezogener Beihilfe	0,00		0,00
cc) abzgl. pauschaler Beihilfe	0,00		0,00
	12.928.631,01		12.537.445,08
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
aa) Gesamtbetrag	-22.567,27		-161.796,01
bb) abzgl. Beihilfeanteil	0,00		0,00
	-22.567,27		-161.796,01
		12.906.063,74	12.375.649,07
5. Veränderung des Ausgleichsfonds § 70a Satzung			
a) Zuführung zum Ausgleichsfonds § 70a Satzung		0,00	0,00

	2022 Euro	2022 Euro	2021 Euro
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen			
a) Deckungsrückstellung		14.588.099,00	912.660,00
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb		1.615.610,36	763.403,87
8. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		0,00	0,00
9. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen		0,00	0,00
10. Versicherungstechnisches Ergebnis		-14.939.010,32	1.066.827,13
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge			
a) Gestellungsertrag	880.653,77		862.078,60
b) Andere Erträge	4.207,74		2.644,65
	884.861,51		864.723,25
2. Sonstige Aufwendungen			
a) Gestellungsaufwand	880.653,77		862.078,60
b) Andere Aufwendungen	8.747,52		14.795,92
	889.401,29		876.874,52
		4.539,78	12.151,27
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		-14.943.550,10	1.054.675,86
4. Sonstige Steuern		0,00	0,00
5. Jahresüberschuss/-fehlbetrag		-14.943.550,10	1.054.675,86
6. Entnahme aus Gewinnrücklage		0,00	0,00
7. Entnahme aus Betriebsmitteln		14.943.550,10	0,00
8. Entnahme aus satzungsmäßigen Rücklagen		0,00	0,00
9. Einstellung in Betriebsmittel		0,00	1.054.675,86
10. Einstellung in satzungsmäßige Rücklagen		0,00	0,00
11. Bilanzgewinn/-verlust		0,00	0,00

3.3 ANHANG

Die Postbeamtenkrankenkasse ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und hat ihren Sitz in der Nauheimer Straße 98, 70372 Stuttgart.

Sie ist nach Maßgabe des § 26 Abs. 2 BAPostG seit dem 1. Januar 1995 in ihrem Bestand geschlossen und wird mit dem Ziel der Abwicklung für die BAnst PT und für die PNU durch die BAnst PT weitergeführt.

3.3.1 Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ermittlungsmethoden

Jahresabschluss

Der Jahresabschluss wurde gemäß § 110 Satz 2 Bundeshaushaltsordnung in entsprechender Anwendung von § 264 Abs. 1 Satz 1 HGB erstellt. Die Vorschriften des BAPostG und der Satzung der PBeaKK in Kapitel V über Finanz- und Rechnungswesen wurden beachtet. Der Jahresabschluss wurde auf Grundlage handelsrechtlicher Vorschriften und mit Ausnahme der Darstellung der Funktionsbereichskosten und des Ausweises der Erträge aus Beihilfe in Anlehnung an die RechVersV erstellt. Die Bilanz wurde unter Berücksichtigung der Verwendung des Jahresergebnisses gemäß § 268 Abs. 1 HGB aufgestellt. Im Geschäftsbericht wurden Zahlen und Summen kaufmännisch gerundet.

Bewertungsmethoden für Aktiva

Immaterielle Vermögensgegenstände
Der Ansatz der immateriellen Vermögensgegenstände erfolgt zu den Anschaffungskosten. Der Abschreibungsbeginn erfolgt im Monat der Inbetriebnahme. Die Bewertung erfolgt zu den Anschaffungskosten vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer von 3 bis 5 Jahren. Das IT Kernsystem wird über 10 Jahre abgeschrieben.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere
Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere werden dem Anlagevermögen zugeordnet und nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften mit den Anschaffungskosten ggf. gemäß § 341b Abs. 2 Satz 1 HGB i. V. m. § 253 Abs. 3 HGB um Abschreibungen vermindert bewertet. Gleiches gilt für die Bewertung der Aktien, Anteile an Investmentvermögen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere des Vermögens des Ausgleichspostens gemäß § 70a der Satzung der PBeaKK sowie der Kapitalanlagen zur Finanzierung der bAV. Aktien hält die PBeaKK nur indirekt über Investmentanteile.

Die Zuordnung zum Anlagevermögen trägt dem Umstand Rechnung, dass die PBeaKK die Kapitalanlagen in absehbarer Zeit nicht zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Versicherungsgeschäft in Anspruch nehmen muss. Außerdem werden Ergebnisbelastungen, die nur auf einer vorübergehenden Marktwertschwankung beruhen, auf diese Weise vermieden. Der Zeitwert der Investmentanteile und anderer nicht festverzinslicher Wertpapiere wird mit den Rücknahmepreisen bzw. Börsenkursen vom letzten Handelstag im Dezember ermittelt.

Namenschuldverschreibungen
Die Bewertung erfolgt gemäß § 341c Abs. 1 HGB mit dem Nennbetrag. Die Zeitwerte werden anhand einer adäquaten Zinsstrukturkurve unter Berücksichtigung von Bonitätsaufschlägen ermittelt.

Einlagen bei Kreditinstituten
Die Bewertung erfolgt zum Nennbetrag.

Forderungen
Die Forderungen werden zum Nennwert angesetzt und um Pauschal- und soweit erforderlich um Einzelwertberichtigungen gekürzt. Forderungen, die älter als ein Jahr sind, werden mit einem Einzelwertberichtigungssatz in Höhe von 50 % und Forderungen, die älter als zwei Jahre sind, mit einem Einzelwertberichtigungssatz in Höhe von 100 % wertberichtigt. Forderungen, die das aktuelle Geschäftsjahr betreffen, werden, soweit sie 15 Tsd. Euro übersteigen, einzeln geprüft und ggf. wertberichtigt. Für das allgemeine Kreditrisiko der nicht einzelbewerteten Forderungen wird eine Pauschalwertberichtigung von 1 % auf diese Forderungen gebildet.

Sachanlagen und Vorräte

Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer in Anlehnung an die amtlichen Abschreibungstabellen der Finanzverwaltung, ausgewiesen. Vorräte werden bei der PBeaKK nicht geführt. Nach § 6 Abs. 2a EStG in Verbindung mit § 9b EStG werden bewegliche abnutzbare Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten von mehr als 250 Euro bis zu 1.000 Euro in einen jahgangsbezogenen Sammelposten eingestellt. Dieser Sammelposten wird pauschal linear über fünf Jahre abgeschrieben. Durch Veräußerungen, Entnahmen oder Wertminderungen wird der Wert des Sammelpostens nicht beeinflusst. Der Abschreibungsbeginn erfolgt im Monat der Inbetriebnahme.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand sind mit dem Nominalwert angesetzt.

Rechnungsabgrenzungsposten

Noch nicht fällige Zinserträge und sonstige aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden gemäß § 250 Abs. 1 und Abs. 3 HGB abgegrenzt.

Bewertungsmethoden für Passiva

Ausgleichsfonds gemäß § 70a
der Satzung der PBeaKK

Der Ausgleichsfonds wird in einem separaten Passivposten „Ausgleichsfonds gemäß § 70a“ zwischen Eigenkapital und versicherungstechnischen Rückstellungen ausgewiesen. Der Ausweis als separater Passivposten „Ausgleichsfonds“ berücksichtigt den Charakter gemäß § 70a der Satzung und erhöht die Übersichtlichkeit. Daneben werden aktivseitig die Kapitalanlagen des Ausgleichsfonds getrennt von den restlichen Kapitalanlagen ausgewiesen. Die Bewertung des Passivpostens „Ausgleichsfonds gemäß § 70a“ erfolgt entsprechend der Höhe der Buchwerte der Kapitalanlagen des Ausgleichsfonds. Die Veränderung des „Ausgleichsfonds gemäß § 70a“ wird als Zuführung/Entnahme aus dem „Ausgleichsfonds gemäß § 70a“ unter „Veränderungen des Ausgleichsfonds nach § 70a der Satzung“ dargestellt.

Deckungsrückstellung

Die Berechnung der Alterungsrückstellung erfolgt gemäß § 341f HGB nach der prospektiven Methode für jeden Versicherungsvertrag einzeln durch ein versicherungsmathematisches Gutachten. Die Alterungsrückstellung entspricht dem Barwert der zukünftigen Versicherungsleistungen abzüglich des Barwertes der zukünftigen Nettobeiträge. Zum Zeitpunkt der Kalkulation wurde die jeweils aktuellste PKV-Sterbetafel zugrunde gelegt. Die Alterungsrückstellung wurde für die Grund-, Aufbau- und KT-Stufe mit einem Rechnungszinssatz in Höhe von 2,2 %, für die Ergänzungs- und ISH-Stufe mit 1,9 %, für die Pflorgetagegeldstufe mit 3,0 % und für die Auslandsreisekrankenversicherung mit 3,5 % ermittelt.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Ermittlung erfolgt gemäß § 341g Abs. 3 HGB. Die in den Monaten Januar und Februar erfolgten Zahlungen für Versicherungsfälle des vergangenen Geschäftsjahres sind um einen Betrag erhöht worden, der sich aus dem durchschnittlichen Verhältnis der Zahlungen für Versicherungsfälle zwischen dem Gesamtjahr und den Monaten Januar und Februar der jeweils letzten drei Geschäftsjahre ergibt.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle in der Grundversicherung wird getrennt nach Pauschalleistungen und auf die Versicherten bezogene Leistungen berechnet.

Der auf Beihilfeleistungen entfallende Anteil der Rückstellung wird offen abgesetzt, da hier im Leistungsfall ein Erstattungsanspruch an die Träger der Beihilfe besteht.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen werden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Grundsätze unter Anwendung der Richttafeln 2018 G von Klaus Heubeck, nach der Projected Unit Credit Method (Anwartschaftsbarwertverfahren) ermittelt. Bei diesem Verfahren werden nicht nur die am Bilanzstichtag bekannten Renten und erworbenen Anwartschaften, sondern auch künftig zu erwartende Steigerungen von Renten und Gehältern bei vorsichtiger Einschätzung der relevanten Einflussgrößen berücksichtigt.

Für Bilanzstichtage nach dem 31. Dezember 2015 verlangt der Gesetzgeber mit dem § 253 Abs. 6 HGB eine alternative Bewertung des Erfüllungsbetrages der Pensionsverpflichtungen auf Basis von zwei verschiedenen durchschnittlichen Zinssätzen – zum einen auf Basis des Zinssatzes mit dem durchschnittlichen Marktzins der letzten zehn Geschäftsjahre und zum anderen der letzten sieben Geschäftsjahre. Der Unterschiedsbetrag ist in jedem Jahr im Anhang darzustellen. Der Zinssatz zur Abzinsung der Pensionsrückstellungen wird wie im Vorjahr mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der letzten zehn Jahre statt der letzten sieben Jahre ermittelt. Dabei wird wie bisher die Restlaufzeit der Verpflichtung mit 15 Jahren angesetzt. Durch die Erweiterung des Zeitraumes zur Bestimmung des durchschnittlichen Marktzinssatzes ergibt sich ein Zinssatz von 1,79 % statt 1,45 % (Vorjahr: 1,87 % statt 1,35 %). Die Anwendung des Zinssatzes von 1,79 % führt gegenüber dem Zinssatz von 1,45 % zu einer um 2,9 Mio. Euro geringeren Pensionsrückstellung. Dieser Betrag unterliegt nach § 253 Abs. 6 HGB einer Ausschüttungssperre. Die tarifliche Zusatzversorgung beruht auf einem Bausteinsystem. Die Bewertung der Pensionsverpflichtung zum Stichtag erfolgt ausschließlich auf Basis der bereits erdienten Ansprüche. Damit ergibt sich die Höhe der Pensionsverpflichtung aus der Berechnung des versicherungsmathematischen Barwertes der feststehenden Rentenansprüche.

Der Pensions-Sicherungs-Verein ist eine Sicherungseinrichtung zum Schutz der betrieblichen Altersversorgung bei der Insolvenz des Arbeitgebers.

Sonstige Rückstellungen

Für alle anderen Risiken wurde nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung eine Rückstellung gebildet. Die sonstigen Rückstellungen sind gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB mit dem notwendigen Erfüllungsbetrag unter Berücksichtigung erwarteter künftiger Preis- und Kostensteigerungen in Höhe der allgemeinen Inflationsrate angesetzt. Soweit die Laufzeiten mehr als ein Jahr betragen, werden die Rückstellungen nach Maßgabe des § 253 Abs. 2 HGB abgezinst.

Andere Verbindlichkeiten

Die anderen Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag ausgewiesen. Die Laufzeiten der anderen Verbindlichkeiten betragen bis zu einem Jahr.

Rechnungsabgrenzungsposten

Im Voraus erhaltene Mieten und Zinsen sowie sonstige passive Rechnungsabgrenzungsposten werden nach Maßgabe des § 250 Abs. 2 HGB abgegrenzt.

Bewertungsmethoden für Gewinn- und Verlustrechnung

Grundsätze der Zuordnung von Erträgen und Aufwendungen

Die Erträge und Aufwendungen aus Kapitalanlagen (ohne Ausgleichsfonds) werden nach einem Verteilungsschlüssel auf die einzelnen Versicherungszweige aufgeteilt. Der verwendete Kapitalertragsschlüssel ergibt sich pro Versicherungsart aus der Summe aus Betriebsmitteln und Rücklagen zum Anfang des Geschäftsjahres zzgl. des arithmetischen Mittels der versicherungstechnischen Rückstellungen zum Anfang und zum Ende des Geschäftsjahres.

Die Aufteilung sämtlicher versicherungs- und nichtversicherungstechnischer Erträge und Aufwendungen auf die Versicherungszweige erfolgt, soweit sie nicht direkt den einzelnen Versicherungszweigen zurechenbar sind, im Verhältnis der verdienten Beiträge bzw. nach den Aufwendungen für Versicherungsfälle.

Entwicklung der Aktivposten A., B. und D. 2022 mit Ausgleichsfonds

	01.01.2022 Euro	Zugänge Euro	Umbuchungen Euro	Abgänge Euro	Zuschreibungen Euro	Abschreibungen Euro	31.12.2022 Euro
A. Immaterielle Vermögensgegenstände							
I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	15.920.068,29	148.755,71	56.001,40	5.983,06	0,00	2.358.708,95	13.760.133,39
II. Geleistete Anzahlungen	56.001,40	5.569,20	-56.001,40	0,00	0,00	0,00	5.569,20
Summe A.	15.976.069,69	154.324,91	0,00	5.983,06	0,00	2.358.708,95	13.765.702,59
B. Kapitalanlagen							
I. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.821.112.906,19	20.659.903,12	0,00	32.616.930,78	0,00	0,00	1.809.155.878,53
2. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	333.000.000,00	43.000.000,00	0,00	23.000.000,00	0,00	0,00	353.000.000,00
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Einlagen bei Kreditinstituten	3.000.000,00	7.200.000,00	0,00	2.200.000,00	0,00	0,00	8.000.000,00
II. Vermögen des Ausgleichsfonds gemäß § 70a Satzung							
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	554.956.888,56	59.982,75	0,00	0,00	0,00	0,00	555.016.871,31
III. Kapitalanlagen zur Finanzierung der bAV							
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	14.609.911,60	4.644.961,50	0,00	0,00	0,00	0,00	19.254.873,10
Summe B.	2.726.679.706,35	75.564.847,37	0,00	57.816.930,78	0,00	0,00	2.744.427.622,94
D. Sonstige Vermögensgegenstände							
I. Sachanlagen							
1. Sachanlagen ohne Sammelposten	410.571,04	46.968,52	0,00	6.179,66	0,00	144.728,91	306.630,99
2. Sammelposten	599.012,72	157.232,23	0,00	0,00	0,00	259.541,74	496.703,21
Summe D.	1.009.583,76	204.200,75	0,00	6.179,66	0,00	404.270,65	803.334,20
Gesamtsumme	2.743.665.359,80	75.923.373,03	0,00	57.829.093,50	0,00	2.762.979,60	2.758.996.659,73

3.3.2 Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz – Aktiva

Zu A.

Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände

Die PBeaKK weist immaterielle Vermögensgegenstände in Höhe von 13,8 Mio. Euro (Vorjahr 16,0 Mio. Euro) aus. Dabei handelt es sich ausschließlich um Software und Softwarelizenzen. Darin enthalten sind 13,3 Mio. Euro für das im Geschäftsjahr 2020 aktivierte IT-Kernsystem IV-PBeaKK 4.0.

Der Zugang im Berichtsjahr in Höhe von 0,1 Mio. Euro betrifft neben dem Erwerb von Softwarelizenzen überwiegend das IT-Kernsystem IV-PBeaKK 4.0.

Die Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände ist auf Seite 72 dargestellt.

Zu B.

Entwicklung der Kapitalanlagen

Die Entwicklung der Kapitalanlagen ist auf Seite 72 dargestellt. Die Ermittlung der Buchwerte erfolgt nach den Regelungen der §§ 341b und 341c HGB mit den Anschaffungskosten. Die Bewertung des Zeitwerts erfolgt in Anlehnung an § 56 RechVersV. Der Ausgleichsfonds wird gemäß § 70a Satzung separat dargestellt.

	Buchwert 31.12.2022 Euro	Zeitwert 31.12.2022 Euro	Bewertungs- reserve 31.12.2022 Euro	Bewertungs- reserve 31.12.2022 in %
Investmentanteile	1.809.155.879	1.914.492.902	105.337.024	5,8 %
Investmentanteile des Ausgleichsfonds	555.016.871	807.563.283	252.546.411	45,5 %
Namenschuldverschreibungen	353.000.000	306.831.471	-46.168.529	-13,1 %
Einlagen bei Kreditinstituten	8.000.000	8.000.000	0	0,0 %
Summe ohne bAV	2.725.172.750	3.036.887.656	311.714.906	11,4 %
INKA PBeaKK bAV	19.254.873	17.336.740	-1.918.133	-10,0 %
Gesamt inkl. bAV	2.744.427.623	3.054.224.396	309.796.773	11,3 %

Aktien an Investmentvermögen

Art	Name	Buchwert	Zeitwert	Bewertungs- reserve	Ausschüttung
Rentenfonds	PBeaKK HTM-Fonds	381.670.336	399.333.742	17.663.406	0
Mischfonds	INKA PBeaKK Fonds	1.427.485.542	1.515.159.160	87.673.618	660.000
Mischfonds	INKA Ausgleichsfonds	555.016.871	807.563.283	252.546.411	60.001
Mischfonds	INKA PBeaKK bAV	19.254.873	17.336.740	-1.918.133	0
Sondervermögen gesamt		2.383.427.622	2.739.392.925	355.965.302	720.001

Die PBeaKK hält an den „PBeaKK HTM-Fonds“, „INKA PBeaKK Fonds“ und „INKA Ausgleichsfonds“ sowie „INKA PBeaKK bAV Fonds“ sämtliche Anteile. Namensschuldverschreibungen und Schuldscheinforderungen werden bis zur Endfälligkeit gehalten und der Endfälligkeitsbetrag zu 100 Prozent vereinnahmt.

Zu C.

Entwicklung der Forderungen

Zu C. I.

Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

Die Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2022 Euro	31.12.2021 Euro
1. Forderungen an Versicherungsnehmer	4.058.650,76	4.142.456,59
2. Forderungen an Mitglieds- und Trägerunternehmen	3.342.528,85	4.158.903,73
Gesamt Pos. C. I.	7.401.179,61	8.301.360,32

Forderungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr bestehen in Höhe von 0,5 Mio. Euro (Vorjahr: 0,4 Mio. Euro).

Bei den Wertberichtigungen entfallen 0,8 Mio. Euro (Vorjahr: 0,8 Mio. Euro) auf Rückerstattungsansprüche an Mitglieder und 0,2 Mio. Euro (Vorjahr: 0,2 Mio. Euro) auf Beitragsforderungen.

Zu C. II.

Sonstige Forderungen

	31.12.2022 Euro	31.12.2021 Euro
a) Forderungen aus Leistungen an Dritte und Vorauszahlungen	1.373.237,80	21.048.732,56
b) Übrige sonstige Forderungen	15.492.086,20	15.665.035,92
Gesamt Pos. C. II.	16.865.324,00	36.713.768,48

In den sonstigen Forderungen sind Forderungen aus Leistungen an Dritte gegenüber der BAnst PT in Höhe von 0,5 Mio. Euro (Vorjahr: 18,9 Mio. Euro) sowie Wertberichtigungen auf Rückerstattungsansprüche an Dritte in Höhe von 0,1 Mio. Euro (Vorjahr: 0,2 Mio. Euro) enthalten.

Zu D.

Entwicklung der sonstigen Vermögensgegenstände

Zu D. I.

Sachanlagevermögen

Die PBeaKK weist Sachanlagen (ohne Sammelposten) in Höhe von 0,3 Mio. Euro (Vorjahr: 0,4 Mio. Euro) aus. Die Entwicklung der sonstigen Vermögensgegenstände ist – soweit es die Sachanlagen betrifft – auf Seite 72 dargestellt.

Zu D. II.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten

Die PBeaKK weist zum Stichtag ein laufendes Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 21,3 Mio. Euro (Vorjahr: 21,7 Mio. Euro) aus.

Zu E.

Entwicklung der Rechnungsabgrenzungsposten

Zu E. I.

Abgegrenzte Zinsen und Mieten

	31.12.2022 Euro	31.12.2021 Euro
Zinsforderungen	2.555.496,57	2.740.936,61
Vorausbezahlte Mieten	203.977,52	252.610,27
Gesamt Pos. E. I.	2.759.474,09	2.993.546,88

Zu E. II.

Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Unter diesem Posten werden abgegrenzte Eingangrechnungen in Höhe von 0,6 Mio. Euro (Vorjahr: 0,6 Mio. Euro) ausgewiesen.

Bilanz – Passiva

Zu A.

Entwicklung des Eigenkapitals

zu A. I.

Betriebsmittel

Die Betriebsmittel teilen sich wie folgt auf:

	31.12.2022 Euro	31.12.2021 Euro	Veränderung Euro
Grundversicherung	144.214.000,00	146.150.000,00	-1.936.000,00
Zusatzversicherung			
▪ Grundstufe	46.513.118,39	46.184.993,26	328.125,13
▪ Aufbaustufe	31.019.304,12	30.958.109,40	61.194,72
▪ Ergänzungsstufe	68.506.423,81	115.186.696,62	-46.680.272,81
▪ AKV-Stufe	22.130.845,77	21.627.515,25	503.330,52
▪ Krankenhaustagegeldstufe	91.435.507,90	89.894.848,06	1.540.659,84
▪ Pflagestagegeldstufe	39.964.443,83	41.081.539,51	-1.117.095,68
▪ ISH-Stufe	45.969.714,00	60.913.264,10	-14.943.550,10
Gesamt Pos. A. I.	489.753.357,82	551.996.966,20	-62.243.608,38

Die Betriebsmittel der Grundversicherung in Höhe von 144,2 Mio. Euro (Vorjahr: 146,1 Mio. Euro) sind gemäß § 71 Abs. 1 der Satzung der PBeaKK bis zur Höhe von durchschnittlich 2/12 der im abgelaufenen Geschäftsjahr geleisteten Zahlungen für Versicherungsfälle ohne die darin enthaltenen Beihilfen zu dotieren. In der Grundversicherung werden 1,9 Mio. Euro (Vorjahr: Einstellung 10,6 Mio. Euro) gemäß § 71 Abs. 1 der Satzung der PBeaKK aus den Betriebsmitteln entnommen. Die Betriebsmittel der Zusatzversicherung sind gemäß § 71 Abs. 2 der Satzung der PBeaKK mindestens in Höhe von durchschnittlich 1/12 der im abgelaufenen Geschäftsjahr geleisteten Zahlungen für Versicherungsfälle angesetzt.

Zu A. II.

Rücklage gemäß § 72 Satzung

Die Rücklage in der Grundversicherung in Höhe von 72,1 Mio. Euro (Vorjahr: 73,1 Mio. Euro) wurde gemäß § 72 Abs. 2 der Satzung der PBeaKK auf 1/12 der im abgelaufenen Geschäftsjahr geleisteten Zahlungen für Versicherungsfälle ohne die darin enthaltenen Beihilfen dotiert.

Zu A. III.

Gewinnrücklage Grundversicherung

Die Gewinnrücklage in Höhe von 434,6 Mio. Euro (Vorjahr: 438,9 Mio. Euro) ist ausschließlich der Grundversicherung zuzuordnen. In der Sitzung des Verwaltungsrats vom 29. Juni 2022 wurde nach Maßgabe des § 72a der Satzung der PBeaKK beschlossen, den Bilanzverlust der Grundversicherung für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 nach Berücksichtigung der Betriebsmittel und der Rücklagen in Höhe von 4,3 Mio. Euro durch Entnahme aus der Gewinnrücklage auszugleichen.

Zu A. IV.

Bilanzgewinn / Bilanzverlust

Der Bilanzverlust beträgt 16,8 Mio. Euro (Vorjahr: Bilanzverlust 4,3 Mio. Euro). Dieser entfällt vollständig auf die Grundversicherung.

Zu B.

Ausgleichsfonds gemäß § 70a Satzung

Nach § 26h BAPostG in Verbindung mit § 70a der Satzung der PBeaKK wurde zur dauerhaften Haushaltsversicherung in der Grundversicherung ein Ausgleichsfonds gebildet. Dieser ist innerhalb der Kapitalanlagen unter B. II. dargestellt. In diesem Zusammenhang wurde im Jahr 2005 erfolgsneutral eine Rücklage für die Verpflichtungen aus dem Ausgleichsfonds in Höhe von 552,7 Mio. Euro eingestellt. Im Geschäftsjahr 2022 wurden 0,06 Mio. Euro aus dem Ausgleichsfonds ausgeschüttet und wieder zugeführt. Der Buchwert des Ausgleichsfonds beträgt 555,0 Mio. Euro (Vorjahr 555,0 Mio. Euro).

Zu C.

Ausgleichsposten für Rücklage Abschreibungen

Der Ausgleichsposten für Rücklage Abschreibungen wird gebildet, da die BANst PT beim Kauf eines Wirtschaftsgutes die Liquidität zur Verfügung stellt. Die monatlichen Abschreibungen vermindern den Ausgleichsposten für Rücklage Abschreibungen.

Die Höhe des Ausgleichspostens für Rücklage Abschreibungen in Höhe von 14,6 Mio. Euro (Vorjahr: 17,0 Mio. Euro) zum 31. Dezember 2022 entspricht der Summe der Buchwerte der Bilanzposten Immateriellen Vermögensgegenstände (A. I.) und der Sachanlagen (D. I.) und verringerte sich um 2,4 Mio. Euro. Im Berichtsjahr war die Summe der Zugänge niedriger als die Abschreibungen.

Zu D.

Entwicklung der versicherungstechnischen Rückstellungen

Zu D. I.

Deckungsrückstellung

Die Deckungsrückstellung wurde gemäß § 73 Abs. 2 der Satzung der PBeaKK für die Zusatzversicherung nach den versicherungsmathematischen Gutachten vom 6. April 2023 zum 31. Dezember 2022 gebildet.

Die Deckungsrückstellung hat sich wie folgt entwickelt:

	31.12.2022 Euro	31.12.2021 Euro	Veränderung Euro
Zusatzversicherung			
▪ Grundstufe	184.809.774,00	191.665.762,00	-6.855.988,00
▪ Aufbaustufe	116.394.703,00	121.424.086,00	-5.029.383,00
▪ Ergänzungsstufe	185.269.121,00	144.641.285,00	40.627.836,00
▪ AKV-Stufe	2.902.485,00	2.924.159,00	-21.674,00
▪ Krankenhaustagegeldstufe	337.104.827,00	346.507.285,00	-9.402.458,00
▪ Pflagegeldstufe	160.144.155,00	145.761.627,00	14.382.528,00
▪ ISH-Stufe	21.661.928,00	7.073.829,00	14.588.099,00
Gesamt Pos. D. I.	1.008.286.993,00	959.998.033,00	48.288.960,00

Zu D. II.

Entwicklung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Rückstellung wurde gemäß § 73 Abs. 1 der Satzung der PBeaKK gebildet. Die Ermittlung erfolgte gemäß § 341g Abs. 3 HGB i. V. mit § 26 RechVersV.

Die Zuführung in Höhe von 7,3 Mio. Euro (Vorjahr: Auflösung 42,3 Mio Euro) resultiert im Wesentlichen aus einem überdurchschnittlich hohen Ausgangsrückstand der Leistungsabrechnungen.

Folgende Anteile entfallen auf die einzelnen Versicherungsweige:

	31.12.2022 Euro	31.12.2021 Euro	Veränderung Euro
Grundversicherung	412.159.488,31	388.111.477,82	24.048.010,49
abzgl. Forderungen aus AMNOG-Rabatten	-1.017.649,96	-1.082.509,41	64.859,45
Bruttobetrag Grundversicherung	411.141.838,35	387.028.968,41	24.112.869,94
abzgl. Beihilfeanteil	-277.952.384,86	-260.615.294,67	-17.337.090,19
zzgl. Beihilfeanteil aus AMNOG-Rabatten	685.128,14	723.008,70	-37.880,56
Zwischensumme Grundversicherung	133.874.581,63	127.136.682,44	6.737.899,19
Zusatzversicherung			
▪ Grundstufe	1.220.764,67	1.276.295,47	-55.530,80
▪ Aufbaustufe	725.160,87	743.129,49	-17.968,62
▪ Ergänzungsstufe	6.298.574,48	6.325.574,74	-27.000,26
▪ AKV-Stufe	175.303,10	51.427,93	123.875,17
▪ Krankenhaustagegeldstufe	2.556.203,21	2.707.397,26	-151.194,05
▪ Pflagegeldstufe	659.448,90	669.485,34	-10.036,44
▪ ISH-Stufe	1.498.189,11	1.520.756,38	-22.567,27
Zwischensumme	13.133.644,34	13.294.066,61	-160.422,27
Zwischensumme Gesamt	147.008.225,97	140.430.749,05	6.577.476,92
Absetzung der Forderung aus Regressen	-1.360.765,80	-2.179.008,90	818.243,10
Rückstellung für Schadenregulierungskosten	2.470.633,09	2.613.701,26	-143.068,17
Gesamt Pos. D. II.	148.118.093,26	140.865.441,41	7.252.651,85

Zu E.

Entwicklung anderer Rückstellungen

	31.12.2022 Euro	31.12.2021 Euro	Veränderung Euro
I. Rückstellungen für Pensionen	22.354.368,00	19.259.710,00	3.094.658,00
II. Sonstige Rückstellungen	7.998.812,68	4.083.350,90	3.915.461,78
Gesamt Pos. E.	30.353.180,68	23.343.060,90	7.010.119,78

Die anderen Rückstellungen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	01.01.2022 Euro	Verbrauch Euro	Auflösung Euro	Zuführung Euro	Zinseffekt Euro	31.12.2022 Euro
I. Rückst. f. Pensionen und ähnl. Verpflichtungen	19.259.710,00	9.351,00	0,00	2.129.804,00	974.205,00	22.354.368,00
II. Sonstige Rückstellungen						
Rückstellung für ausstehende Rechnungen	557.638,11	289.357,90	174.857,30	1.968.337,14	0,00	2.061.760,05
Rückstellung für Verwaltungskostenbelastung GV/ZV	0,00	0,00	0,00	1.147.143,89	0,00	1.147.143,89
Rückstellung für Resturlaub	786.356,00	786.356,00	0,00	738.827,00	0,00	738.827,00
Rückstellung für Dienstjubiläen	36.393,00	0,00	0,00	4.935,00	51,00	41.379,00
Rückstellung sonstige Personalk. (Gleitzzeit, Üstd.)	1.277.252,00	647.822,94	14.429,06	1.703.270,19	0,00	2.318.270,19
Rückstellung für Rechtskosten und Prozesse	218.446,44	62.053,36	13.742,29	33.165,49	0,00	175.816,28
Rückstellung für interne Jahresabschlusskosten	72.000,00	0,00	0,00	16.000,00	0,00	88.000,00
Rückstellung für Jahresabschlussprüfung	107.100,00	82.110,00	24.990,00	111.562,50	0,00	111.562,50
Rückstellung für Archivierungskosten	581.865,35	0,00	0,00	174.962,19	-9.773,77	747.053,77
Rückstellung für pauschale Gewährleistungsrisiken	446.300,00	12.300,00	0,00	135.000,00	0,00	569.000,00
	4.083.350,90	1.880.000,20	228.018,65	6.033.203,40	-9.722,77	7.998.812,68
Gesamt	23.343.060,90	1.889.351,20	228.018,65	8.163.007,40	964.482,23	30.353.180,68

Zu F.

Entwicklung der anderen Verbindlichkeiten

Zu F. I. 1.

Andere Verbindlichkeiten – Versicherungsnehmer
Im Gesamtbetrag in Höhe von 5,8 Mio. Euro (Vorjahr: 6,1 Mio. Euro) werden im Wesentlichen stichtagsbedingte Verbindlichkeiten aus der Leistungsabrechnung in Höhe von 5,5 Mio. Euro (Vorjahr: 6,0 Mio. Euro) ausgewiesen.

Zu F. I. 2.

Andere Verbindlichkeiten – Mitglieds- und Trägerunternehmen

Zum Stichtag ergeben sich Verbindlichkeiten aus den laufenden Beihilfeabrechnungen in Höhe von 8,1 Mio. Euro (Vorjahr: 9,5 Mio. Euro). Die Abschlagszahlungen für die Beihilfen waren höher als die Abrechnung, so dass die PBeaKK eine Rückerstattung an die Beihilfeträger für das Geschäftsjahr zu leisten hat.

Zu F. II.

Sonstige Verbindlichkeiten

Unter diesem Posten werden im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus der Leistungsabrechnung an Dritte in Höhe von 46,0 Mio. Euro (Vorjahr: 31,5 Mio. Euro), Verbindlichkeiten ggü. dem PKV-Verband von 5,1 Mio. Euro (Vorjahr: 4,8 Mio. Euro), Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 4,5 Mio. Euro (Vorjahr: 4,9 Mio. Euro), Verbindlichkeiten für Beihilfen der Berufsgenossenschaften in Höhe von 0,7 Mio. Euro (Vorjahr: 0,6 Mio. Euro) und Verbindlichkeiten für Beihilfen für den neuen Mandanten Bund in Höhe von 1,0 Mio. Euro.

Zu G.

Rechnungsabgrenzungsposten

Unter diesem Posten werden Geldeingänge in Höhe von 0,6 Mio. Euro (Vorjahr: 0,5 Mio. Euro) passiv abgegrenzt. Im aktuellen Geschäftsjahr sind im Wesentlichen Abschlagszahlungen für die Beihilfe 2022 enthalten.

Gewinn- und Verlustrechnung (Gesamtergebnis)

Zu I.

Versicherungstechnische Rechnung

Zu I. 1.

Verdiente Beiträge für eigene Rechnung

	2022 Euro	2021 Euro	Veränderung Euro
Grundversicherung	849.125.784,61	844.844.338,94	4.281.445,67
Zusatzversicherung			
▪ Grundstufe	4.733.453,99	4.917.600,30	-184.146,31
▪ Aufbaustufe	1.339.053,31	1.402.855,78	-63.802,47
▪ Ergänzungsstufe	47.926.199,46	62.637.946,06	-14.711.746,60
▪ AKV-Stufe	1.142.476,81	1.167.915,01	-25.438,20
▪ Krankenhaustagegeldstufe	14.928.459,50	15.235.490,59	-307.031,09
▪ Pflegetagegeldstufe	18.412.036,28	18.586.873,70	-174.837,42
▪ ISH-Stufe	13.921.902,32	14.863.785,35	-941.883,03
Zwischensumme	102.403.581,67	118.812.466,79	-16.408.885,12
Gesamt	951.529.366,28	963.656.805,73	-12.127.439,45

Es handelt sich ausschließlich um Einzelversicherungen. Gruppenversicherungen sind nicht vorhanden.

Zu I. 2.

Erträge aus Kapitalanlagen

Die Erträge aus Kapitalanlagen setzen sich aus laufenden Zinsen, Ausschüttungen, Aufwendungen aus Verwahrentgelten sowie Aufwendungen aus der Amortisation zusammen. Die Erträge werden grundsätzlich in Erträge aus Kapitalanlagen und Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen sowie Erträge aus dem Ausgleichsfonds gemäß § 70a der Satzung untergliedert.

Zu I. 3.

Sonstige versicherungstechnische Erträge

Bei den sonstigen versicherungstechnischen Erträgen handelt es sich um den von den Mitgliedern finanzierten Ausgleichszuschlag i.S.d. § 28 der Satzung der PBeaKK in Höhe von 2,6 Mio. Euro (Vorjahr: 2,7 Mio. Euro).

Zu I. 4.

Aufwendungen für Versicherungsfälle

Bei den Aufwendungen für Versicherungsfälle handelt es sich um Leistungsausgaben für eigene Rechnung abzüglich der laufenden Beihilfe und Beihilfepauschale in Höhe von 971,1 Mio. Euro (Vorjahr: 983,2 Mio. Euro). Zusätzlich wird die Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle ausgewiesen. Die Rückstellung erhöhte sich im Geschäftsjahr 2022 um 6,6 Mio. Euro (Vorjahr: Verminderung 41,5 Mio. Euro).

Zu I. 7.

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb in Höhe von 15,0 Mio. Euro (Vorjahr: 7,3 Mio. Euro) umfassen zum einen die Verwaltungskosten i. S. d. BAPostG für die Zusatzversicherung in Höhe von 13,2 Mio. Euro (Vorjahr: 6,5 Mio. Euro), die vollständig von den Versicherten getragen werden. Zum anderen werden in diesem Posten die Verwaltungskosten i.S.d. BAPostG für die Grundversicherung in Höhe von 1,8 Mio. Euro (Vorjahr: 0,8 Mio. Euro) ausgewiesen, soweit diese nicht von der BAnst PT getragen werden (Ausgleichszuschlag gemäß § 28 der Satzung der PBeaKK).

Zu II.

Nichtversicherungstechnische Rechnung

Zu II. 1.

Sonstige Erträge

Dieser Posten beinhaltet im Wesentlichen den Gestaltungsertrag in Höhe von 83,2 Mio. Euro (Vorjahr: 85,6 Mio. Euro). Davon entfallen auf die Grundversicherung 66,4 Mio. Euro (Vorjahr: 68,2 Mio. Euro), auf die Zusatzversicherung 7,2 Mio. Euro (Vorjahr: 7,3 Mio. Euro), für die Beihilfebearbeitung für Nichtversicherte 1,3 Mio. Euro (Vorjahr: 1,7 Mio. Euro) sowie für die Pflegepflichtversicherung 8,3 Mio. Euro (Vorjahr: 8,4 Mio. Euro).

Der Gestaltungsertrag resultiert aus einer Verrechnung von Personal- und Sachkosten zwischen der PBeaKK und der BAnst PT und korrespondiert mit einem gleich hohen Gestellungs Aufwand unter der Position sonstige Aufwendungen.

Zu II. 2.

Sonstige Aufwendungen

Dieser Posten beinhaltet im Wesentlichen den Gestellungs Aufwand in Höhe von 83,2 Mio. Euro (Vorjahr: 85,6 Mio. Euro). Davon entfallen auf die Grundversicherung 66,4 Mio. Euro (Vorjahr: 68,2 Mio. Euro) auf die Zusatzversicherung 7,2 Mio. Euro (Vorjahr: 7,3 Mio. Euro), für die Beihilfebearbeitung für Nichtversicherte 1,3 Mio. Euro (Vorjahr: 1,7 Mio. Euro) sowie für die Pflegepflichtversicherung 8,3 Mio. Euro (Vorjahr: 8,4 Mio. Euro). Der Gestellungs Aufwand resultiert aus einer Verrechnung von Personal- und Sachkosten zwischen der PBeaKK und der BAnst PT und korrespondiert mit einem gleich hohen Gestaltungsertrag unter der Position sonstige Erträge.

Zu II. 11.

Bilanzgewinn/Bilanzverlust

	Grund- versicherung Mio. Euro	Zusatz- versicherung Mio. Euro	Gesamt Mio. Euro
Jahresüberschuss/-fehlbetrag 2022	-19,7	-60,3	-80,0
Entnahme aus Betriebsmitteln	1,9	62,7	64,6
Entnahme aus satzungsmäßigen Rücklagen	1,0	0,0	1,0
Einstellung in Betriebsmittel	0,0	2,4	2,4
Einstellung in satzungsmäßige Rücklagen	0,0	0,0	0,0
Bilanzgewinn/Bilanzverlust 2022	-16,8	0,0	-16,8

	Grund- versicherung Mio. Euro	Zusatz- versicherung Mio. Euro	Gesamt Mio. Euro
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag 2021	11,6	17,7	29,3
Entnahme aus Betriebsmitteln	0,0	1,3	1,3
Entnahme aus satzungsmäßigen Rücklagen	0,0	0,0	0,0
Einstellung in Betriebsmittel	10,6	19,0	29,6
Einstellung in satzungsmäßige Rücklagen	5,3	0,0	5,3
Bilanzgewinn/Bilanzverlust 2021	-4,3	0,0	-4,3

3.3.3 Sonstige Angaben

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen betreffen im Wesentlichen Verpflichtungen aus Mietverträgen. Sie belaufen sich auf 23,6 Mio. Euro (Vorjahr: 5,0 Mio. Euro). Davon entfallen

- 3,2 Mio. Euro auf das Geschäftsjahr 2023
- 2,7 Mio. Euro auf das Geschäftsjahr 2024
- 2,0 Mio. Euro auf das Geschäftsjahr 2025
- 1,7 Mio. Euro auf das Geschäftsjahr 2026
- 1,4 Mio. Euro auf das Geschäftsjahr 2027.

Für die Geschäftsjahre ab 2028 bestehen noch Mietverpflichtungen in Höhe von insgesamt 12,6 Mio. Euro.

Personalbestand

Im Geschäftsjahr 2022 waren durchschnittlich 867 Beschäftigte für die PBeaKK tätig. Davon waren durchschnittlich 306 eigene Beschäftigte (300 Angestellte, 6 Azubi und DH-Studierende) sowie 561 in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis mit der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost stehende Beschäftigte für die PBeaKK tätig.

Angabe in Personaleinheiten	2018	2019	2020	2021	2022
Angestellte	368	353	366	375	387
Beamtinnen und Beamte	574	553	534	499	455
Zugeordnete Kräfte	37	35	29	21	19
Auszubildende/DH-Studenten	6	3	3	5	6
Praktikantinnen/Praktikanten	0	0	0	0	0
Gesamt	985	944	932	900	867

Die Angaben der Personaleinheiten sind inkl. Vorstandsmitglieder, Kräfte in der aktiven Altersteilzeitphase, Kräfte in Elternzeit und in Urlaub ohne Bezüge/Vergütung angegeben. Teilzeitbeschäftigte wurden auf Vollzeit umgerechnet.

Sonstige Berichterstattung

Die PBeaKK nimmt die Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB in Anspruch und verzichtet auf die Angabe über die Bezüge der Organe.

Gesamthonorar für Abschlussprüfer

Das für den Abschlussprüfer berechnete Gesamthonorar (ohne Auslagenersatz inkl. USt.) im Jahr 2022 beträgt für

die Abschlussprüfungsleistung **85.680 Euro**
andere Bestätigungsleistungen **6.000 Euro**

Übersicht über die Mitgliedergruppen

Gruppe A
Beamte und Ruhestandsbeamte des einfachen Dienstes und deren Hinterbliebene

Gruppe B1
Beamte und Ruhestandsbeamte des mittleren, gehobenen und höheren Dienstes und deren Hinterbliebene

Gruppe B2/B3
Versicherte ohne Beihilfeanspruch

Gruppe C
Frühere Angestellte mit Versorgungsrentenberechtigung bei der Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost ohne Beihilfeanspruch

Gruppe E
Rechtskräftig geschiedene Ehegatten von Mitgliedern bzw. Partner einer aufgehobenen Lebenspartnerschaft ohne Beihilfeanspruch

Mitgliederstatistik (Stand: 31. Dezember 2022)

Grundversicherung

Mitgliedergruppe	Mitglieder		Mitversicherte		Summe	
	aktiv	ruhend	aktiv	ruhend	aktiv	ruhend
A	75.955	274	17.688	2.579	93.643	2.853
B1	205.478	454	60.718	6.081	266.196	6.535
B2	434	12	55	6	489	18
B3	969	11	158	22	1.127	33
C	240	0	55	0	295	0
E (Leistungsordnung A)	236	0	0	0	236	0
E (Leistungsordnung B)	112	0	0	0	112	0
Summe	283.424	751	78.674	8.688	362.098	9.439

Zusatzversicherung

Tarif	Versicherte Frauen und Männer	Versicherte Kinder	Gesamtzahl Versicherte	Abgeschlossene Schritte
Grundstufe	361.724	17.705	379.429	-
Aufbaustufe	202.735	411	203.146	-
Ergänzungsstufe ¹	329.574	13.917	343.491	625.755
Krankenhaustagegeldstufe ²	233.264	12.073	245.337	1.433.125
Pflegetagegeldstufe ³	33.459	-	33.459	61.435
ISH-Stufe	175.515	4.828	180.343	-
AKV-Stufe	304.349	30.084	334.433	-

¹ maximal 2 Schritte je Versicherten möglich

² maximal 10 Schritte je Versicherten möglich

³ maximal 3 Schritte je Versicherten möglich; die Aufnahme von Kindern ist nicht möglich

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Der Verwaltungsrat hat in seiner Sitzung am 28. März 2023 beschlossen, Herrn Dr. Oliver Russ mit Wirkung zum 31. März 2023 als Mitglied des Vorstands der PBeaKK abuberufen. Herr Dietmar Welslau als Vertreter zur kommissarischen Wahrnehmung der Aufgabe des Vorstands führt weiterhin die Geschäfte der PBeaKK allein. Im Übrigen haben sich nach dem Schluss des Geschäftsjahres keine wesentlichen Vorgänge von besonderer Bedeutung, die weder in der Gewinn- und Verlustrechnung noch in der Bilanz berücksichtigt sind, ergeben.

Stuttgart, den 25. April 2023

Der Vorstand

Dietmar Welslau
Kommissarischer Vertreter des Vorstands

3.4 BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Postbeamtenkrankenkasse, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stuttgart

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Postbeamtenkrankenkasse Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stuttgart, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Postbeamtenkrankenkasse Körperschaft des öffentlichen Rechts für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Körperschaft zum 31. Dezember 2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Körperschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter bzw. der Verwaltungsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die übrigen Teile des Geschäftsberichts, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Verwaltungsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Körperschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Körperschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Körperschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Körperschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Körperschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Körperschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Körperschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Körperschaft seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Körperschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass zukünftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Hannover, den 27. April 2023

RSM GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

André Bödeker
Wirtschaftsprüfer

Markus Müller
Wirtschaftsprüfer

ANSCHRIFTEN

ANSCHRIFTEN

Stand: 31. Dezember 2022

Hauptverwaltung	Postanschrift	Hausanschrift	
Stuttgart	Postfach 50 08 20 70338 Stuttgart	Nauheimer Str. 98	70372 Stuttgart

Geschäftsstelle	Zentrale Postanschrift der Geschäftsstellen der PBeaKK	Hausanschrift	
	Postbeamtenkrankenkasse 70467 Stuttgart		
Braunschweig		Weinbergweg 36	38106 Braun- schweig
Bremen		Herman-Köhl-Str. 3	28199 Bremen
Dortmund		Semerteichstr 54-56	44141 Dortmund
Düsseldorf		Grafenberger Allee 297	40237 Düsseldorf
Frankfurt		Trakehner Str. 5	60487 Frankfurt
Freiburg		Jechtinger Str. 9	79111 Freiburg
Hamburg		Lindley Carrée Haus B Sachsenstr. 8	20097 Hamburg
Hannover		Großer Kolonnenweg 21-23	30163 Hannover
Karlsruhe		Rüppurrer Str. 1 A	76137 Karlsruhe
Kiel		Eckernförder Str. 150	24116 Kiel
Koblenz		Am Wöllershof 12	56068 Koblenz
Köln		Innere Kanalstr. 15	50823 Köln
München		Landsberger Str. 314-316	80687 München
Münster		Roddestr. 12	48153 Münster
Nürnberg		Willy-Brandt-Platz 16	90402 Nürnberg
Regensburg		Friedenstr. 28	93053 Regensburg
Stuttgart		Nauheimer Str. 98	70372 Stuttgart

IMPRESSUM

Postbeamtenkrankenkasse
Körperschaft des öffentlichen Rechts
Hauptverwaltung
Nauheimer Str. 98
70372 Stuttgart
Telefon: 0711 9744 0
E-Mail: uk@pbeakk.de
www.pBeaKK.de

Gestaltung:
Maren Dedek | PBeaKK

Postbeamtenkrankenkasse
Nauheimer Str. 98
70372 Stuttgart
Telefon: 0711 9744 0
E-Mail: uk@pbeakk.de
www.pBeaKK.de